

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Versandgeb.,
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.)

Herausgeber: Johann Staining,
verantwortlicher Redakteur: Fritz Pachlow, Sebe in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Neu-Brennerstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen
für die dreigeschossige Petitzelle oder deren Raum 80 q.
Postkatalog Nr. 8181.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Inhalt: Die erste Berathung der Buchthausvorlage, Aussperrung und Streit der Berliner Maurer sind beendet. — Mundschau. — Baugewerbliches. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Bescheidenes. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Technische Mundschau.

Die erste Berathung der Buchthausvorlage.

Berlin, 23. Juni.

Während der Riesenkampf zwischen den Arbeitern und Unternehmern des Baugewerbes in der Reichshauptstadt zu einer Entscheidung drängte und die "deutschen Baugewerksmeister" im preußischen Abgeordnetenhaus hinter verschlossenen Türen über die Anwendung umfassender terroristischer Praktiken gegen die Arbeiterschaft berieten, am Montag, den 19. Juni, trat der Reichstag ein in die

erste Berathung der Buchthausvorlage, offiziell bezeichnet als "Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses". Die Tribünen waren überfüllt, während das Haus kaum beschlußfähig gewesen sein dürfte. Vollzählig war nur die sozialdemokratische Fraktion am Platze, um ihre parlamentarischen Pflicht im Interesse der Arbeiterschaft zu erfüllen. Nach der höchst ungeliebten, gänzlich verfehlten und hilflosen "Begründung", welche die Regierung der Vorlage beigegeben, konnte nicht erwartet werden, daß ihre Vertreter im Stande wären, in der Berathung etwas vorzubringen, das ihre Position zu verbessern vermöchte. Die Reden der Herren schließen jener "Begründung" sich so durchaus an, daß sie als vollkommen überflüssig erscheinen.

Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe eröffnete die Berathung mit dem Ablegen einer kurzen Ausführung. Er stieg, daß der Gesetzentwurf, noch ehe er dem Reichstage vorgelegt worden, in der Presse wie auch in öffentlichen Versammlungen und selbst im Reichstage lebhafte Angriffe erfahren habe. Derselbe bringe nichts Neues und Unerwartetes, sondern nur das, was schon vor acht Jahren der Minister v. Berlepsch angekündigt habe: energische Bekämpfung des "Terrorismus", der bei Ausländern den "Arbeitswilligen" gegenüber angewendet werde. Die abfällige Kritik der Vorlage werde insbesondere von den sozialdemokratischen Partei in leidenschaftlicher Weise geübt, und zwar ohne Zweifel aus dem Grunde, weil sie die Folgen des Gesetzes ihren Interessen für nachtheilig hält. (!!) Unter lauter Heiterkeit der Amtsherrn folgte der Reichskanzler hinzu, er könne nicht begreifen, wie antisozialdemokratische Parteien sich an der Bekämpfung dieses Gesetzentwurfs zu beteiligen vermögen, da doch das Koalitionsrecht der Arbeiter "nicht im Geringsten beschränkt werde", vielmehr lediglich die Beschränzung der Willensfreiheit des Einzelnen durch Terrorismus, vor Allem aber das Treiben gewerksmäßiger Agitatoren und Heber verhindert werden sollte. (!!) Er hoffe, daß, wenn auch nicht jetzt, so doch bei späterer Berathung ein "die Interessen der Arbeiter schützendes Gesetz" zu Stande komme.

Nur die rechte Seite des Hauses vermochte sich dazu aufzuschwingen, diesen Ausführungen Beifall zu spenden.

Dann kam der Staatssekretär Graf v. Posadowsky mit einer langen Rede, die nichts Anderes ist, als eine Wiederholung der Outtressenz all der Behauptungen, die sowohl von offizieller und offiziöser Seite,

wie von Seite der Scharfmacher gegen die Arbeiterkoalition und Organisation im Laufe der Zeit erhoben worden sind. Es sei nicht richtig, daß den Arbeitern das Koalitionsrecht formell eingeräumt bleibe, thatfächlich aber genommen werden solle. Die Regierung deute garnicht daran, die "berechtigte Koalitionsfreiheit der Arbeiter aufzugeben oder auch nur zu beschränken". Was nach seiner Ansicht "berechtigte" und "unberechtigte" Ausübung dieser Freiheit ist, das führt Graf Posadowsky nicht näher aus; er begnügte sich, zu bemerken: "Man darf von seinem Rechte nur Gebrauch machen, soweit man das Recht eines Anderen nicht verletzt." Das ihm nach Ansicht der herrschenden Klassen und der ihnen verbündeten öffentlichen Gewalten die Arbeiter aber bekanntlich immer, wenn sie zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen Gebrauch machen von ihrem Koalitionsrecht. Der größte Theil der Posadowsky'schen Debatte war dem Gemüte gewisst, nachzuweisen, daß derjenige Begriff der Koalitionsfreiheit, wie ihn die radikalisten Gegner der Vorlage definieren, unvereinbar mit der Sicherheit und Ordnung des Staatswesens ist. (!!) Um diesen Nachweis zu konstruieren, beobachtete der Herr Staatssekretär sich in ausgleichiger Weise der famosen offiziellen Denkschrift. Am Schlusse seiner Rede leistete er sich folgende Ausfälle gegen die Sozialdemokratie:

"Die radikalsten Gegner der Vorlage wünschen zwar die aufrechterhaltung der absoluten Koalitionsfreiheit gegenüber den Arbeitgebern und den Organen der Staatsgewalt, sobald es aber darauf ankommt, die Freiheit ihrer zu schützen, die sich einer Koalition nicht anschließen wollen, sind sie nicht zu haben. Die Koalitionsfreiheit der Sozialdemokratie ist eben ein Januskopf mit zwei Gesichtern; das eine trägt die Züge der Freiheit, das andere die des absoluten, bedingungslosen Zwanges. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen dafür sorgen, daß auch das Zwangsrecht gegenüber den Arbeitgebern die Züge gesicherter Freiheit bekommt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)"

Ihr Parteileiter Marx (Lachen bei den Sozialdemokraten) hat einmal gesagt, es wäre lächerlich, den geschützten, sehr gejagten historischen Staat mit einem Revolutionsstaat in alten Staaten zu gründen, und wenn dieser Staat fertig wäre, müsse man die alte Schule sprengen und der Zukunftstaat wäre da. (Lachen bei den Sozialdemokraten: Sie verstehen Marx ja gar nicht.) Ich verstehe Marx sehr gut! Herr Abgeordneter. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nach diesem klugen Rezept verhält sich die Sozialdemokratie zur Zeit. So wie die Sozialdemokratie sich entwickelt hat, fragt sie den Charakter eines Staates in Staat. Sie haben eine eigene Presse (Schrifsteller bei den Sozialdemokraten). Das Unglück ist, daß ihre Freunde nie erfahren, was in den anderen Zeitungen steht. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! richtig!) Dadurch wird es unmöglich, und wenn wir mit Engelszungen redeten, an die Arbeiter heranzutreten. (Lachen bei den Sozialdemokraten) Neben Ihrer Presse haben Sie eine wohlorganisierte Polizei, die Ihre Bülbörner recht weit streift und sogar in Ihren Freytag geheimer Aufenthaltsorte kommt, die sie auf dem Plüscherl findet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit dem bekannten Erfolg habe ich ja die Erfahrung gemacht. (Sehr leicht!) Sie haben weiter eine volkswirtschaftliche Finanzverwaltung und ein ausgebildetes Steuerwesen. (Sehr leicht! bei den Sozialdemokraten.) Was sind denn Ihr Steuerwesen anders, als ein Steuerwesen mit Zwangsverherrigung? (Zwangsverherrigung bei den Sozialdemokraten.) Deutungen Sie doch nicht, daß jeder Arbeiter, der nicht seine Steuerpflicht bei sich hat, doch nicht, wie Sie sagen, "reine Währung" hat, wird sofort hinweggeworfen. Wir haben ja gesehen, daß Arbeiter, besonders die Arbeiter der christlichen Arbeitervereine, von Baustellen zu Baustellen gehetzt wurden und keine Arbeit finden konnten, weil sie nicht steuern wollten. Also, die bürgerliche Gesellschaft thut gut daran, sich ernstlich zu überlegen, daß zum sozialdemokratischen Staat im Staat alles vorhinkommt. (Auf bei den Sozialdemokraten. Es ist ja alles da: Heiterkeit.) Ja, Sie nehmen ein Staatssozialheitsrecht, das Nicht der Rechtliche, für Sie verfolgen und töten den Arbeiter, der sich Ihnen Zwänge nicht stellt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Eben das ist eins nicht? Wir haben die atemlosigen Weise. Sie sagen doch selbst: ohne Drohung kein Streit. Was heißt das anders als: es wird ein Zwang ausgetragen, zu dem der Staat herreicht ist auf Grundlage des Gesetzes: nulla poena sine legi! Das ist der erste juristische Grundtag. —

Das alte, traurige Spiel: die Sozialdemokratie, in ihren Grundsätzen und Bestrebungen völlig unwahr geschildert, wird vorgeschoben, um den Angriff gegen ein Recht der Arbeiterschaft zu rechtfertigen.

Die Ausführungen der beiden Regierungsvertreter wurden in der vernichtenden Kritik, welche nunmehr in zweisilbiger Rebe der Abgeordnete Bebel an der Vorlage übte, gebührend berücksichtigt. Einleitend bemerkte

Er: "Ich hatte bis zu Beginn der Sitzung geglaubt, es handle sich hier um einen Entwurf zum Schutze des gewerblischen Arbeitersverhältnisses, doch bin ich durch die Reden des Herrn Regierungsvertreter eines Anderen belehrt worden. Namensmäßig der Regierungsvertreter eines Anderen belehrt worden. Danach ausführungen des Grafen Posadowsky ging herau, daß es sich eigentlich um ein bestechtes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie handelt. (Schrifsteller bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie glauben, mit diesem Entwurf der Sozialdemokratie regenweise auf Leibe gehen zu können, so wäre das eine große Thörheit. Denn, aufsuchen Sie sich nicht, mit diesem Entwurf werden Sie gegen die Sozialdemokratie nichts erreichen. Sie werden aber damit Sonderaufgabe von Arbeitern, die heute noch nicht zur Sozialdemokratie gehören, uns in die Arme werfen. (Schrifsteller links.) Wenn es Ihnen Gelegenheit giebt, der von Reichswahl bestellt sein sollte: "Gesetzentwurf zur Agitation und zum Vorbehalt der Sozialdemokratie", dann müßte der hier vorliegende so genau wie werden. (Schrifsteller bei den Sozialdemokraten; Lachen rechts.)

Der Herr Reichskanzler hat gemeint, wir würden durch diesen Entwurf nicht überreicht worden sein. Da hat er vollkommen recht. Der Entwurf steht ja jetzt nahezu zwei Jahre als Weiterentwurf am Schreibtisch, und wie hätten ihn erwartet, auch wenn er nicht in der Thronrede angekündigt worden wäre. Wir haben uns nur gewundert, daß er so lange auf sich warten ließ, und wie haben ja heute aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers endlich gehört, daß das lange Zögern an "allerlei Hindernissen" gelegen habe, d. h. weil vermutlich eine Anzahl von Regierungen, wie, ich zu deren Ehre annehme, doch nicht so begeistert für den Entwurf zu stimmen bereit waren, wie man es von den Regierungsstellen gewünscht hat. (Widerdruck vom Bundesstaatlichen) Aber, meine Herren, wie dem auch immer sei, Sie iren gar gewollt, wenn Sie glauben, uns, der Sozialdemokratie, mit dem Entwurf schaden zu können. Sobald der Entwurf bekannt wurde, entstand in einem großen Theil der Unternehmertasse allgemeiner Jubel. Auf der anderen Seite, und zwar soweit es deutsche Arbeiter im Deutschen Reich giebt, hört man nur einen allgemeinen Schrei des Horroes und der Entzürfung, und eine Empörung, wie ich sie in einem langen politischen Leben noch niemals in den Massen gefunden habe. (Schrifsteller bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat gemeint, daß, weil wir in erster Linie gegen den Entwurf Stellung genommen haben, auch beweisen sei, daß er ausschließlich die Sozialdemokratie attackiere. Wäre er besser von seinen Unterkamern unterrichtet, so müßte er wissen, daß in der gesammelten deutschen Arbeiterschaft, ohne Unterschied der politischen und religiösen Überzeugung der Sturm der Erziehung der allgemeine ist, daß es von Standpunkt der Regierung, der staatshaltenden, teilungsgünstigeren und ungeschickteren Vorlagen geben könnte, als dies Vorlage. (Schrifsteller bei den Sozialdemokraten; Widerdruck rechts.) Die folgen werden Sie, wenn dieser Gesetzentwurf in der vorliegenden oder in einer ähnlichen Form Gesetz werden sollte, am eignen Ende zu führen befohlen müssen. (Schrifsteller bei den Sozialdemokraten; Lachen und Jalousie rechts.) Wir wissen ja alle, wo die Anregungen zu diesem Gesetz gegeben wurden. Es war in einer Privatsitzung in der Waldfisch zu Berlin bei Viezel, und die ganze Zeit über waren wir gesetzt, daß ein solcher Gesetzentwurf kommen würde. Die verblüfften Regierungen freilich sagten, sie hätten ja den Gesetzentwurf schon eigentlich im Jahre 1891 durch die Erklärung des Herrn von Bismarck angekündigt informiert, als damals die sehr große Mehrheit des Reichstages dergesten Bestimmungen auf den § 158 der Gewerbeordnung nicht annahm, sondern ablehnte und zugleich der Reichsgerichtsrat, der Herr Abg. Höke, in ähniger Weise bei Regierung eine Abfrage gab, auf diesen Gebiet etwas zu ändern. Es wäre in der That vernünftiger und richtiger gewesen, die verblüfften Regierungen hätten diese dann später, als es geschah, sich etwas besser zu Herzogen gezeigt. Es wäre ja nicht so, wenn Sie kommen doch nicht im Zweifel darüber, ich sehe, daß, so lange die Mehrheit des Reichstages so aufnahmehesetzt sei, wie sie damals war, und wie sie es noch heute ist, daß eine Verhöhnung des § 158 nicht zu rechnen sein würde. In jenen Berichten des Herrn Höke wurde ausdrücklich als die Meinung der großen Mehrheit der Kommission gezeigt:

näher als die Verkürzung des Rechtes hätte ein Gesetz, das die Bedingungen des Arbeitersseins verbessern will, die freie Gestaltung und gesetzliche Anerkennung der beruflichen Organisationen der Arbeiter gelegen, und seit einer Reihe von Jahren hat in dieser Richtung die Majorität des Reichstags Gesetzentwürfe eingebracht und angenommen, und nur die Regierung war es, die stets entgegenstand und bis heute sich ablehnend verhalten hat.

Man verlangt in der gesamten deutschen Arbeitervelt, nicht bloß in der sozialdemokratischen, nicht eine Beschränkung, sondern eine Erweiterung der Koalitionsfreiheit (Schr. gutl. links). Man sieht diesen Gelebenswert als eine vollständige Vernichtung nicht nur des Koalitionsrechtes, sondern auch des Organisationsrechtes der deutschen Arbeiter an (Schr. richtig links. Jurist rechts). So wohl meine Herren von der Rechten, seien Sie sich nur die Bestimmungen im § 1 an, und wenn Sie dann noch behaupten, daß fernher noch eine Arbeitsorganisation bestehen kann, dann verstehen Sie den Sinn dieses Paragraphen nicht. Der § 158 der Gewerbeordnung war an sich schon ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterfreiheit. Interessant war es mit heute, aus dem Mund des Herrn Staatssekretärs zu hören, daß man die Überzeugung gewonnen habe, daß auf Grund dieses § 158 die Unternehmer nicht in gleicher Weise wie die Arbeiter getroffen werden könnten. Früher haben Sie das entschieden befriedet. Als das einzigste Klassengesetz, das sich denken läßt, hat sich dieser § 158 bisher erwiesen. Ein Artikel der "Germania" sagt, kein Jurist werde leugnen können, daß die im § 158 enthaltenen allgemeinen Ausdrücke so unbestimmt sind, daß der Künst der Auslegung hier ein unbegrenztes Spielraum gegeben ist. Nach unserer Meinung sollten für Vergehen bei Streiks keine anderen Bestimmungen maßgebend sein, als die für alle geltenden. Indem man hier für die Arbeiter ein ganz spezielles Ausnahmegesetz macht, spricht man aus, daß die Arbeiter in der heutigen Gesellschaft eine Ausnahmestellung einnehmen."

Rebner gab sobann eine lebendige Schlußberührung der Interessengegenstände und Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Er legte dabei dar, wie sehr die ganze Kulturrevolution abhängig ist von stetiger Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse; u. A. bemerkte er:

Jeder Arbeiter muß das Bestreben haben, seine Lebenshaltung zu verbessern. Einzeln ist der Arbeiter wertlos gegenüber dem Unternehmer; er fliegt hinaus, wenn er sich irgend einer Zunahme des Selbstbewußtseins widersetzen will. Dem Arbeiter ist daher das Koalition notwendiger als dem Unternehmer; ohne Zusammenhang sind die Arbeiter nutzlos. Nur behaupten ich: indem die Arbeiter sich zusammensetzen, um ihre Wohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, begreift sie eine Kulturrückende That. Denn je besser die Lebenshaltung des Arbeiter ist, um so größer ist das Gefamwohl unserer ganzen Gesellschaft; je mehr die Arbeiter in den Streiken nach einer höheren Lebenshaltung gehindert werden, desto pröber ist ihre Verbitterung und ihr Hass gegen die bestehende Ordnung der Dinge. Wie stellen sich die Dinge nun aber in der Regierungsdarstellung? Dort werden die Arbeiter willigen als ruhige Leute und nur für Staat und Gesellschaft beschäftigt dargestellt, deren persönliche mit den Staatsinteressen zusammenfallende Interessen zu schützen eine wichtige und dringende Aufgabe der Staatsgewalt ist. Mit anderen Worten: der Arbeiter, der als politisches Leben eine Schauspielart hat, der ist der richtige Idealarbeiter (Schr. gutl. links, große Hörerseit).

dümmer, je anspruchsloser, je billiger der Arbeiter ist, desto auf Grund des § 158 verurteilt werden. (Hört! hört! links.) Nun haben in diesen Zeiträumen in 180 verschiedenen Gewerben 1855 Streiks stattgefunden. Daran beteiligten sich 235 665 Arbeiter. Die Dauer des Streiks beläuft sich im Ganzen auf 6828 Wochen. Auf 40 000 Streikende sind nur 3,6 mit dem § 158 in Konflikt geraten (Hört! hört! links), eine außerordentlich geringe Zahl, wie sie kaum bei einem anderen Prozeß und bei einer anderen Klasse vorgebracht werden könnte. Von diesen 234 Personen sind zwei mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden, 218 mit weniger als einem Monat und nur mit höheren Strafen. Dabei ist die Praxis unserer Gerichte gerade jetzt bedeutend stärker in Bezug auf diese Vergehen als früher. Trotzdem konnte das Höchstmaß nur in zwei Fällen erreicht werden. Die Motive der Vorlage sprechen dann von freibol. Streiks. Wer entscheidet denn, ob ein Streik frei ist? Von 857 Angriffsstreiks in den letzten sechs Jahren sind 449 voll, 245 wenigstens teilweise gewonnen worden, so daß nur 163 davon keinen Erfolg hatten. Umgelobt ist das Verhältnis bei den Abwehrstreiks; da haben die Arbeiter, die doch provoziert worden sind, nahezu in der Mehrheit der Fälle verloren. Ob die Streiks aber erfolgreich waren oder nicht, das hängt nicht damit zusammen, ob sie frei waren oder nicht. Die ganze Strafstatistik der Vorlage ist aber unglaublich, denn sie enthält die Strafen, die die gesamte strafmündige Bevölkerung Deutschlands erhalten hat. (Hört, hört, bei den Sozialdemokraten!) Wie kann man da einen Vergleich ziehen mit den streitenden Arbeitern? Diese Statistik in eben so leichtfertiger Weise aufgestellt, wie bei der verlorenen Umsturzvorlage.

Sobann kritisierte Redner die häupsächlichsten Bestimmungen der Vorlage, wobei die vom Unternehmer gewünschte Schandwirtschaft der schwärzlichen Listen besondere Berücksichtigung erfuhr. Er sagte u. A.:

Die Koalitionsfreiheit in diesem Gesetz, d. h. ungefähr dasselbe wie 1849 die Preßfreiheit mit dem Galgen daran, hier die Koalitionsfreiheit und die Buchausstrafe bestehen. Koalition durch die Tug, macht ihr aber Gebrauch davon, so werden Sie mir es so viel Gefängnis bestrafen.

Mit ihrer "Beweissführung" kam die Regierung sehr schlecht weg. Bebel stellte dem Terrorismus-Gesammler folgende Thatsachen gegenüber:

Dienigen, die gegen diese Vorlage stimmen, hat der Staatssekretär aufgefordert, zu beweisen, daß die bestehenden bestreiten. Als das einzige Klassengesetz, das sich denken läßt, hat sich dieser § 158 bisher erwiesen. Ein Artikel der "Germania" sagt, kein Jurist werde leugnen können, daß die im § 158 enthaltenen allgemeinen Ausdrücke so unbestimmt sind, daß der Künst der Auslegung hier ein unbegrenztes Spielraum gegeben ist. Nach unserer Meinung sollten für Vergehen bei Streiks keine anderen Bestimmungen maßgebend sein, als die für alle geltenden. Indem man hier für die Arbeiter ein ganz spezielles Ausnahmegesetz macht, spricht man aus, daß die Arbeiter in der heutigen Gesellschaft eine Ausnahmestellung einnehmen.

Also ich meine, nach dieser Übersicht könnte man sich wahrscheinlich damit begnügen, was heute bereits Rechtfertigung ist. Sie finden ja auf Seite 5 der Regierungsvorlage nicht allein die Bestrafungen angeführt, die in den Jahren 1892-97 auf Grund des § 158 von deutschen Gerichten erlassen wurden sind, sondern Sie finden auch weiter eine große Statistik, wo ein großer Theil derer Paragraphen mit hinzugezogen worden ist, die ich Ihnen eben vorgetragen habe. Weil wir zunächst bei § 158. Da hat sich die Zahl des Verurteilten auffällig von 174 auf 254 vermehrt. Die Steigerung soll beweisen, daß § 158 nicht mehr ausreicht. Die Beweissführung der Regierung ist aber sehr mangelhaft. Eine richtige Überprüfung kann doch nicht erfolgen werden, wenn man weiß, wieviel Streiks stattgefunden haben, wieviel Arbeiter daran beteiligt waren und wie lange gestrichen worden ist. Von 1892-1897 sind nach der Statistik der verbündeten Regierungen im Ganzen 758 Personen

auf Grund des § 158 verurteilt worden. (Hört! hört! links.) Nun haben in diesen Zeiträumen in 180 verschiedenen Gewerben 1855 Streiks stattgefunden. Daran beteiligten sich 235 665 Arbeiter. Die Dauer des Streiks beläuft sich im Ganzen auf 6828 Wochen. Auf 40 000 Streikende sind nur 3,6 mit dem § 158 in Konflikt geraten (Hört! hört! links), eine außerordentlich geringe Zahl, wie sie kaum bei einem anderen Prozeß und bei einer anderen Klasse vorgebracht werden könnte. Von diesen 234 Personen sind zwei mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden, 218 mit weniger als einem Monat und nur mit höheren Strafen. Dabei ist die Praxis unserer Gerichte gerade jetzt bedeutend stärker in Bezug auf diese Vergehen als früher. Trotzdem konnte das Höchstmaß nur in zwei Fällen erreicht werden. Die Motive der Vorlage sprechen dann von freibol. Streiks. Wer entscheidet denn, ob ein Streik frei ist?

Von 857 Angriffsstreiks in den letzten sechs Jahren sind 449 voll, 245 wenigstens teilweise gewonnen worden, so daß nur 163 davon keinen Erfolg hatten. Umgelobt ist das Verhältnis bei den Abwehrstreiks; da haben die Arbeiter, die doch provoziert worden sind, nahezu in der Mehrheit der Fälle verloren. Ob die Streiks aber erfolgreich waren oder nicht, das hängt nicht damit zusammen, ob sie frei waren oder nicht. Die ganze Strafstatistik der Vorlage ist aber unglaublich, denn sie enthält die Strafen, die die gesamte strafmündige Bevölkerung Deutschlands erhalten hat. (Hört, hört, bei den Sozialdemokraten!) Wie kann man da einen Vergleich ziehen mit den streitenden Arbeitern? Diese Statistik in eben so leichtfertiger Weise aufgestellt, wie bei der verlorenen Umsturzvorlage.

Dabei wird von den organisierten Arbeitern immer der Versuch gemacht auf friedliche Beilegung. Es ist nicht wahr, was aus der Vorlage und aus den heutigen Reden des Herrn vom Regierungssitz hervorgeht, daß die Streiks in freiwilliger Weise vom Partei-Zentrale vom Baume gebrochen werden. Ich bitte mir erst den Nachweis zu führen, daß ich Unrecht habe. Es wird nicht gelingen. Vor Allem ist es eine Unwahrheit der aller schwersten Art, wenn Graf Polowodow erklärt hat, die sozialdemokratische Parteileitung sei an den meisten Streiks beteiligt. Die sozialdemokratische Parteileitung ist sehr selten um ihre Meinung bei Streiks gefragt worden und hat fast stets in diesen Fällen von Streik abgeraten. Sie hat mit diesen Dingen garnichts zu thun, ihr liegt die politische und parlamentarische Vertretung ob.

Berücksichtigungen von Unternehmern sind gar keine, oder natürlich gar keine aufzufinden. Der einzige Fall der bekannten Sache, wo der Leiter der Maurermeister-Organisation, einer Unternehmer, die die Fortbewegungen der Streiks bewilligt, bedroht hatte, zu einem Tage Gefangen zu sein, ist verurteilt worden ist (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), obwohl die Drohung vielfach geringer waren, als daß das, was ich vorgetragen habe und wo viele Monate Gefangen verhängt worden sind.

Andererseits ist doch auch der Beweis geleistet, daß die Unternehmer wahrhaftig keine Engel sind, zunächst auf dem Gebiete, wo sie zuerst die Gesetze respektieren sollten, auf dem des Arbeiterschutzes. In den Jahren 1891 bis 1894 sind wegen der Verletzung des § 146 der Gewerbeordnung nicht weniger als 2382 Unternehmer verurteilt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Wenn irgendwo, so kann man hier auf Wohlwollen hoffen. Und wie hub die Straßen aufgesessen? Die Gewerbebehörden beschworen sich beständig über die Wilden. 1893 Unternehmer sind mit weniger als 15 deftigst worden, obgleich bis zu A. 2000 erkannt werden kann; im Ganzen 1894 bis 1896 sind bei 24 355 revidierten Anträgen, nur bei

Einbringen des Massers in das Innere der Blechläden zu beschützen, wurde nämlich das ganze Innere sowie die oben angegeschlossene Schadstoffabteilung mit kontraktiver Luft gefüllt, in welcher also auch die Arbeiter beständig sich aufzuhalten wünschten. Wir trockneten die Förderung der ausgeschobenen Erde, das Aus- und Einfahren der Leute zu ermöglichen, ohne durch das Defizit von Thüren z. d. Kompression aufzuhören, was die Errichtung so geflossen, daß in dem Schachte eine Menge Männer eingehalten waren, so daß sich also die Personen oder Fördergerüste beim Auf- und Niedersiegen niets zwischen zwei Klappen befanden, mitunter nie eine direkte Verbindung von unten aus mit oben, d. h. der atmosphärische Luftspannung vorhanden war. Das natürlich das Innere des Caillons und der etwa 1 m in Durchmesser habenden Schadstoffabteilung elektrisch beleuchtet war, brachte unter Berücksichtigung amerikanischer Verhältnisse kaum etwas zu werden.

Wenngleich der Plan, die Jungfrau, jenen 4167 m hohen Bergriesen der Alpen im Berner Oberland, durch die Herstellung einer Bergbahn leicht zugänglich zu machen, bereits im Jahre 1889 ausstieß, so waren doch erst im Jahre 1897 die Schwierigkeiten manigfacher Art so weit überwunden, daß mit der Ausführung der Jungfraubahn begonnen werden konnte. Der erste entworfene Entwurf einer bis zum Gipfel der Jungfrau führenden Eisenbahn stammte von den Herren Trautweiler und Küchlin, welche mit einer Steigung von circa 69 p.M. eine unterirdische Seilbahn erbauen wollten, die Wasserbergewicht als treibende Kraft erhaschen sollte.

Einen sehr eigenartigen und höchst interessanten Vorschlag machte bereits im folgenden Jahre der Ingenieur Loder, der ebenfalls die Blechläden erbaute hat; er wollte nur freierundige Tunnel von 8 m Durchmesser mit etwa 70 p.M. Steigung nebeneinander ansetzen lassen. In diesen abgeputzten Höhlenräumen sollten ländlich abhängende Personenzüge von eindrucksvoller Gestalt durch einen Aufzug von 1/2 Atmosphäre bis zum Gipfel des Berges geführt werden. Loder's pneumatiche Bahn kam ebenfalls nicht zur Ausführung.

Den Präfidenten der schweizerischen Nord-Ostbahn, Gubler-Beller, blieb es vorbehalten, ein Projekt vorzulegen, das zur Ausführung gelangen sollte; er erhält auf ein Geund vom Dezember 1893 die Konzession zum Bau einer Jungfraubahn, der folgenden Entwurf zu Grunde liegt. Von der Station Scheidegg der Bremgernalpbahn, die 2084 m über dem Meeresspiegel liegt, nimmt die Bahn der Jungfrau ihren Ausgangspunkt, um nach Zurücksprung einer Strecke von 1,95 km die freitragende Station Eigergletscher zu erreichen. Von diesem, 2307 m über dem Meeresspiegel befindlichen Ort tritt die Bahn in einen 10,4 km langen Tunnel und erreicht, nach an der nördlichen Felswand des Eigers entlang ziehend, die Station Grindelwaldhöhe in 2812 m Höhe. Hier ist ein Erfrischungsraum vor-

geschen, von dem ein Aussicht in die weitesten Fernen der Nord- und Westschweiz den Menschen erfreut. Nach Durchbrechung des Eigergletschers und Zurücksprung einer Strecke von etwa 6 km kommt die Jungfraubahn auf der Ostseite des Gebirges zur Station Riffelalp, in der Höhe von 3270 m.

Hier bietet sich dem Auge des Beschauers die Kette der Schreckhörner dar und ohne Mühe hat eine praktische Aussicht auf das unendliche Gletschergebiet gegenüber der Blecherwand erleicht. Von dieser Station können dann die Besteigungen des Eigers mit Leichtigkeit ausgeführt werden. In der Fortsetzung der Eisenbahnlinie, entlang der Südsseite des Mönchs, führt eine Abzweigung zum Mönchsjoch; das in vorzüglich geschilderter Lage ein Hotel erhalten auf der einen Seite einen Aussicht über das ewige Schneefeld und auf der anderen Seite auf den Jungfraujoch gestalten wird. Neuerdings hat sich die Möglichkeit herausgesetzt, die Station Mönch in größere Nähe des Jungfraujochs zu legen, so daß die geplante Abzweigung zur Mönchstation fortsetzt und das Projekt wesentlich vereinfacht wird. Der andere Zweig der Bergbahn führt zur Station Jungfraujoch, die in 3293 m Höhe liegt. Der Distanz soll auf dieser 9,480 km langen Strecke Durchschnitte erhalten, damit dem Reisenden ein Fortschritt auf die anliegenden Gebirgsparke geschafft ist. In 4098 m Höhe erreicht die Jungfraubahn die Station Jungfraujoch. Zur Hebung der Reisenden von dieser Station bis zum Jungfrauhügel, der sich senkrecht darüber in einer Höhe von 78 m befindet, ist ein Aufzug vorgesehen, dessen Vorbild die Fahrstühle der zwanzigstädigen Amerikas sind. Damit diese Aufzugsanlage auch im Winter möglichst gegen unangenehme Witterungs einflüsse geschützt ist, soll sie etwa 5 m unter dem Felzen enden. Um den Gipfel vollständig zu erreichen, erleidet man eine Treppe, welche in eine große Aussichtshalle führt, die mit Fenstern und einer freien Terrasse versehen ist. Immerhin könnte solche Halle doch vom Windbruch beschädigt oder zerstört werden; zur Sicherheit wird sie freistehend gebaut und stark abgedeckt werden, somit also gegen Unfälle dieser Art nach Möglichkeit geschützt sein.

Dieses Projekt unterscheidet sich insoweit vorbehaltlos von den anfangs erwähnten, daß die Bahn nur bis 25 p.M. Steigung aufweist, während man sonst bei derartigen Bergbahnen gewöhnlich mit Steigungen von 60, 70, 80 und sogar 98 p.M. zu rechnen hat. Allerdings ist diese Lösung der Aufgabe nur mit Hilfe einer ungemein aufwendigen Anwendung der Elektrizität sowohl im Bau, als auch im Betrieb möglich. Da die elektrische Bahn von Genf auf den Mont Salève ebenfalls 25 p.M. Steigung aufweist und bei Jahre langem Betrieb ohne Unfall gut funktioniert hat, so sind Bedenken gegen die Bewährung dieser Betriebsweise der Jungfraubahn ausgeschlossen. Zur Beladung der elektrischen Energie sind zwei Wasserkräfte erworben, eine bei Lauterbrunnen, mit einem verfügbaren Ge-

Technische Rundschau.

Von P. M. Gremper - Berlin.

(Nachdruck verboten.)

Fundament eines amerikanischen Riesengebäudes. — Die Bauausführung der Jungfraubahn. — Herstellung dicker Mauern unter Anwendung der Falsz-Bautafeln (Kosmos.)

Die Leistungen der Amerikaner auf den verschiedenen Gebieten des Bauwesens sind ebenfalls einzüglich in ihrer Art. Natürlich hat die amerikanische Technik unter Berücksichtigung der eigenartigen Verhältnisse gelernt, selbst die kompliziertesten Probleme möglichst einfach zu lösen; ein sprechender Beweis dafür ist u. A. auch die Fundamentierung eines Riesengebäudes in New York. Die Herstellung dieses 20 Stock hohen Hauses, welches an der Ecke des Broadway und der Pine-Straße von der American Surety Company gebaut wurde, verdient nach der "Tech. Blg." insofern besondere Erwähnung, als die Fundamentierung dieses Steinloftes ganz besondere interessante Momente bietet. Es handelt sich darum, die Fundamentmauern 70 Fuß tiefe zu treiben, da es in dieser Tiefe festes Felsengestein anzutreffen ist, welches der ungeheure Druck des darauf gelegten Gebäudes unbedingt erfordert; da nun aber schon in einer Tiefe von etwa 12 Fuß das Grundwasser erreicht wird, so wurde hier folgende Fundamentierungsmethode mit Glück in Anwendung gebracht.

Der Plan bestand darin, die Umfassungsmauern auf 18 Fundamentsteinen zu setzen, die auf die Felsen und zwischen dieselben versteckt, auf die angestrebte Tiefe von 70 Fuß niedergezogen waren. Dies gelang so, daß man aus halbgestampftem Gussblech vierrechteckige Grundrisse genauer der Größe und Form des Pfostengerüstes entnahm, entsprechende Räume konstruierte, die unten offen, innen durch Verstärkungen so verfestigt waren, um den später von ihnen aufzunehmenden Druck der darauf zu liegenden Pfosten auszuhalten zu können. Diese oben geschlossenen Räume wurden also zunächst an die Stellen der zu mauernden Pfosten auf das Straßenbein gelegt und nun arbeiteten die von oben durch eine Einschießleitung eingestiegene Erbauer den Boden innerhalb des Caillons aus, wobei die ausgehauften Teile durch ein oben aufgesetztes, ein eimerartiges Gefäß als Aufzug enthaltendes Rohr nach oben befördert wurde. Auf diese Weise verankerten die Räume allmählig immer tiefer, während dementsprechend auf der Oberfläche des Kastens in Mauerwerk und Gement der Pfosten aufgebaut wurde, welcher also auch mit den tiefer sinkenden, die Arbeiter enthaltenden Caillons allmählig in die Tiefe versank, während das Einschießrohr durch das Mauerwerk hindurchgehend, nach und nach entsprechend verlängert wurde. Als nun die Tiefe des Grundwassers erreicht war, ging man dazu über, die Caillons zu einer Art Taucherglocke zu gestalten. Um ein-

12 pgl. der Gesamtanlagen, nicht weniger als 61 561 Übertragungen, betreffend Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, vorgenommen, bei 8895 Anlagen 29 884 Übertragungen wegen Beschäftigungen von Arbeitern, in Summa also 90 953 Übertragungsfälle, wobei 3956 Personen beschäftigt wurden; wieder ein Beweis, wie die klaren Vorschriften der Gewerbeordnung hinsichtlich von einem großen Theil der Unternehmer befolgt werden. Im Jahre 1897 sind 96 Unternehmer bestraft worden wegen § 115, das Drucksturm, 2817 wegen ungefährlicher Beschäftigung der Arbeiter am Sonntag, 944 wegen verbotswidriger Beschäftigung von Arbeitern und jugendlichen Personen, 8 wegen ungeeigneter Eintragung in's Arbeitsbuch. Aber wie will die Strafe?

Im Anschluß hieran schlägt Nebner die gewaltthätige Haltung "Arbeitswilliger" gegenüber Streitenden, sowie den Terrorismus der Unternehmern:

"In den Motiven zum Entwurf steht noch nicht ein einziger Wort gegen den Unternehmer, mögen es ihm, was sie wollen. Eine bessere Beweisführung für den klassencharakter der Vorlage in seiner ganzen Einheit kann man nicht verlangen."

Am Schluß seiner Rede erachtet Vebel den Reichstag, die Vorlage ohne Weiteres und ohne sie einer Kommissionserhebung zu würdigen, dahin zu befürworten, wohin sie gehört, in den Papierkorb. Denn würde diese oder eine ähnliche Vorlage Gesetz, so gäbe es Deutschland das zu Schmach und Schande.

In der folgenden Sitzung (21. Juni) trat der konservative Abgeordnete Freiherr v. Levetzow Namens seiner politischen Freunde für die Vorlage ein; dieselbe bleibe "mittelbar ein Mittel gegen das Anwachsen der Sozialdemokratie" (!!) und lasse dabei doch die Koalitionsfreiheit uneingeschränkt" (!!). Er beantragte die Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Anknüpfend an diese Anerkennungen ging der Zentrumsführer Dr. Lieber gründlich und scharf mit der Vorlage ins Gericht. Diese stelle in unlösbarem Zusammenhang mit der Frage der Koalitionsfreiheit. Es sei nothwendig, diese Freiheit positiv aufzubauen auf dem Boden des gemeinen Rechts. Die Vorlage aber wolle nur Repressalien. Wenn man die Koalitionsfreiheit schützen wolle, so müsse zunächst die Koalitionsfreiheit wirklich da sein. Das Recht der Koalition müsse nicht nur für die einzelnen Individuen, sondern auch für die Koalitionen untereinander gesichert werden. Da die Reichsgesetzgebung diese Forderung nicht erfüllt habe, könne von einer Regelung des Schutzes der Koalitionsfreiheit" nicht die Rede sein.

Zu den strafrechtlichen Bestimmungen der Vorlage führte der Nebner aus: Alle Thaten bezeugen, daß organisierte Arbeiter in den schwierigen wirtschaftlichen Kämpfen sehr viel vorstelliger und bestonnener zu Werke gehen, als nichtorganisierte, auch

sich der Ausführungen viel mehr enthalten, als diese. Die Vorlage besagt das System der Büchsenbücher im Fahrwasser der Ausnahmegesetze. Der bestehende § 153 der Gewerbeordnung sei eine ausnahmerechtliche Bestimmung. Man wolle diesen Paragraphen allerdings aufheben, aber nur, um die Lücke durch ein neues Ausnahmegesetz auszufüllen. Die Vorlage behandle Unternehmer und Arbeiter durchaus ungleich; auch läßt sie die landwirtschaftlichen Arbeiter ganz außerhalb des Koalitionsrechts. Dazu komme, daß auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung und der einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches gegen Arbeiter nicht selten haarräubernde Urtheile gefällt werden sind. Angeklagte der geradezu himmelschreien Parteilichkeit, mit der von der Tütsche dasselbe Gegehrte auf einer einen Seite auf das Härteste, auf der anderen auf das Mildeste gehandelt werden (Ordnungsgruß des Präsidenten), angeklagter dieser Zustände in unserem Rechtsleben ist die Zentrumspartei nicht geneigt, noch Verjährungen zuzustimmen.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Bassermann verteidigt Namens eines Theiles seiner Freunde sehr entschieden den Standpunkt, daß die bestehenden Machtmittel des Staates völlig ausreichen, Missbrächen des Koalitionsrechts und Ausführungen zu begegnen. Die Ansicht, daß ein Gesetz, wie das vorgeschlagene, geeignet sei, den Einfluß der Sozialdemokratie zu schwächen, müsse als völlig halslos bezeichnet werden. Das Gegenteil würde der Fall sein. Fest steht, daß die Unternehmer-Koalitionen mächtiger seien, als die Arbeiter-Koalitionen. Im wirtschaftlichen Kampfe sehe Macht gegen Macht. Und es müsse konstatirt werden, daß die Unternehmer-Koalitionen ihre Macht häufig missbrauchen. Der jetzige Berliner Maurerstreik zeigt das wieder so recht. Da werden Arbeiter ausgeschwärzt, die gar keine Forderungen gestellt haben, nur weil sie einer Organisation angehören. Und die kleinen Arbeitgeber werden in die Unternehmer-Organisationen rücksichtslos hineingezwungen; ob sie das ertragen können, das kümmert die großen Unternehmer nicht. Das Gesamteinbruck, den die Vorlage auf alle Arbeiter, ohne Unterschied, sowie auf einen großen Theil des Bürgertums genaht habe, sei ein sehr ungünstiger. Denn es steht ganz außer Zweifel, daß die Vorlage gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gerichtet sei — ganz nach dem Wunsche Derjenigen, die als Schrammäder ihr ungünstiges Handwerk treiben. Deshalb müsse er mit seinen Freunden die Vorlage ablehnen. Die ersten Hupe nach solch einem Geset

seien erfolgt aus den Kreisen der Baugewerksunternehmer (richtiger Baugewerkszünfiter, der Herren selbst und Konkurrenten, sieb. „Grundstein“). Allerdings kommen im Baugewerbe die meisten Streiks vor; andererseits aber kommen da, wie die Regierung selbst öfter anerkannt habe, die meisten Missbräuche seitens der Unternehmer vor.

Nebner ging dann zu einer Kritik des Vorgehens der Justiz gegen die Arbeiter über. Es seien schon genug Haftschuldbestimmungen vorhanden; selbst Staatsanwälte in Industriebezirken seien der Ansicht, daß der Rechtspleide mit neuen derarigen Bestimmungen nicht geboten sei. Das Urtheil im Prozeß gegen die Löbtauener Bauarbeiter halte er für ungemein schändlich.

Zu den Einzelheiten der Vorlage übergehend, rügt Nebner die parteiliche Zusammensetzung der Denkschrift. Es müsse Befremden und Unwillen erregen, daß das Berufserklärungssystem der Unternehmer (Schwarze Liste) straffrei bleiben solle. Der § 8, der sogenannte "Agitatorenparagraph", sei sehr bedenklich. Dieser Paragraph bedroht alle Leute, die der Arbeiter sich annehmen, Politiker, Journalisten, Arbeiterschreiber u. c. Aber auch gegen die Generalsekretäre, die Agitatoren u. c. der Unternehmer könnte dasselbe mit Leichtigkeit angewandt werden. Wolle man das Streitpostenstehen verbieten, so sollte man doch gleich konsequent sein und das Streiten überhaupt verbieten. Der den "Arbeitswilligen" zugebaute "vermehrte Schutz" (dahin angefügtes Angste ohne Antrag verfolgbar sein sollen) sei nicht zu rechtfertigen. Der spezielle Büchsenpatent (§ 8) versuchte für viele Arbeiter, z. B. die Bergarbeiter, das Koalitionsrecht völlig.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. Niebergall, unternahm den Versuch, die Vorlage "juristisch zu rechtfertigen". Er behauptete, auf die angegriffene Denkschrift sei kein großes Gewicht zu legen; dieselbe sei keine Vorlage der verbündeten Regierung, sondern nur ein selbstständiges Schriftstück des Herrn Reichskanzlers!!! Weiter sagte dieser Regierungsvorsteher:

"Ich erkenne an, daß die Vorlage ganz überwiegend die Arbeiterschaft trifft, sie ist formal gegen die Unternehmer und Arbeitgeber gerichtet. Sie trifft auch in einigen Punkten zweifellos die Arbeitgeber, aber in der Hauptfache richtet sie sich gegen die Arbeiter. Deshalb ist eine eingehende Prüfung der Bestimmungen durchaus geboten. Die Bewegung der Arbeiter auf Besserstellung in ihrer Lebenshaltung ist durchaus berechtigt. Wenn aber eine Bewegung dem öffentlichen Interesse widerspricht, so ist das Strafgesetz berechtigt, dem entgegenzutreten. Die Sozialdemokratie hat das bestrebt, alle anderen Organisationen unter ihr Szepter zu bringen, keine andere religiöse

fälle von 88 m und eine bei Burglängen in der Nähe von Grindelwald mit 160 m Gefäß. Die querst. in Angriff genommene Anlage wird 2280 Meterkräfte kosten und damit den Betriebsaufwand an Kraft auf lange Zeit genügen. Die Anlage in Burglängen soll von ihren 9000 Meterkräften 1000 für den Kraftbedarf der elektrischen Bahn in Reserve halten und den Rest verpacken. Der Drehstrom wird durch eine offene Starkstromleitung mit einer Spannung von 7000 Volt bis zum Tunnel geführt und in der Station Scheidegg für die Kontaktleitung auf 5000 Volt Spannung umgeformt.

Das Profil des Tunnels hat 14 km Querschnitt und soll mit senkrechten Wänden, auf welchen sich ein halbtreppenförmiges Gewölbe von 8,5 m Spannung stützt, hergestellt werden. Neben dem Gefüle von 1 m Spurweite, in dessen Mitte sich die Bahnstangenstütze ist, auf der einen Seite ein Aufgang von 55 cm Breite vorgesehen; über diesem werden an der Decke des Tunnels sämtliche elektrische Drähte angebracht werden. So weit der Tunnel in Hochgebirgsfels gehobt werden muß, werden die Arbeiten ziemlich einfach und wenig kostspielig sein, da dieses Gestein hart und spröde ist, stößt daher sehr gut bohrt und schlägt und auch genügend festgelegt ohne jede Mauerverkleidung aufstellen dürfte. Da ähnlich Verhältnisse auch für den Theil dieser Bergbahn, der in Tiefen geprägt werden müssen, obwohl sie wird der größte Theil des Tunnels ohne Mauerwerk hergestellt sein. Nur an den Stellen, wo die Gesteinslagerungen unregelmäßigkeiten aufweisen, müssen Mauerwerksverkleidungen angeordnet werden. Erkennen werden die Sicherheitsverhältnisse die besten sein, da der Tunnel immer nur eine Temperatur unter Null Grad haben kann; infolgedessen werden Abbrüderungen von Felsblöcken, die in anderen Tunnelanlagen durch die mehr oder minder verschiedene Ausdehnung der Gesteinsarten bei wechselnder Temperatur häufig auftreten, bei der Jungfraubahn ausgeschlossen sein. Der vom Haupteingang des Tunnels aus begonnene Bau dieser Bergbahn wird Sommer und Winter betrieben werden.

Im Herbst 1897 waren die Unterbauarbeiten zwischen den Stationen Scheidegg und Eigergletscher vollendet und um großen Tunnel 200 m mittels Handarbeit hergestellt. Das bis dahin vorgefundene Gestein hat sich so gut sprengen lassen, daß Ausmauerungen nicht nötig waren; die Herstellungskosten stellten sich pro Meter auf etwa M. 120. — Der leitende Ingenieur, der Arzt und 75 Arbeiter sind in der Nähe des Tunnelausgangs in drei größerer Baracken untergebracht. Die nötige Heizung und Beleuchtung wird mit Hilfe der Elektrizität überall bequem geliefert. Die Arbeitsräume sind durch Telefon und Telegraph mit Lautsprechern verbunden. Sollte für die Herstellung des Stollens Handarbeit nicht ausreichen, so sind tragbare elektrische Bohrmaschinen von nur 150 kg Gewicht vorhanden. Mit diesen Maschinen wird es möglich sein, in der Minute 10 cm Bohr-

fortschritt zu erreichen. Während man auf 8,5 m Stollenfortschritt pro Tag mit Bestimmtheit rechnen darf, ist sogar ein solcher Fortschritt von 5 m pro Tag nicht ausgeschlossen. Sobald der Stollen etwa 50 m weit vorgetrieben ist, stellt eine zweite Arbeitergruppe das volle Profil oberhalb der Stollensohle mit kleinen Schüssen her und nach weiteren 50 m beginnt der Stollenausbruch, der ebenfalls 50 m in Anspruch nimmt. Da also die gebrauchte Arbeitsstrecke nur 160 m Länge hat und sofort der fertiggestellte Tunnelhohlraum mit Gleiseinlagen verkleidet wird, so kann die Lokomotive mit den Förderwagen bis dicht an die Arbeitsstrecke heranfahren, Arbeiter und Werkzeuge mitbringen und das Ausbruchsmaterial bis zur Abstellstelle mit zurücknehmen.

Geprengt wird der Tunnel meistweise mit Lithotrit, da dieses Sprengmittel, wenngleich es nur die zweit bestreifte dreifache Kraft des Sprengpulvers entbehrt, den Vortrieb hat, gegen Fäste unempfindlich und frei von gefährlichsten Gasen zu sein. Soweit Dynamit zur Anwendung kommt, muß es, da es bereits bei +4° Celsius gefriert, mittels eines dazu konstruierten elektrischen Wärmeapparates in den Tunnel eingeschleppt werden. Die schädlichen Gase werden durch elektrische Ventilationsanlagen schnell entfernt.

Bei den vorperlichen Anstrengungen wird die Räthe den Arbeitern, die in geeignete warme Kleidung gehabt sind, nicht lädt fallen, sondern sie dirkt die Täglichkeit sogar noch erleichtert. Die Arbeiter an den Bohrmaschinen haben zur täglichen Erwärmung einen kleinen elektrischen Ofen an ihrer Maschine.

Die Arbeitszeit ist vernünftiger Weise auf 6 Stunden festgelegt.

Im Mittag bleibt es auf elektrischem Wege gekühlte warme Mahlzeit.

Zur Klärung der Anfragen über Bauausführung und Betrieb der Jungfraubahn liegen auf ein Preisaufrütteln 48 Arbeiten ein, von welchen 16 mit Preisen beobachtet wurden, die eine Gesamtkosten von M. 24 000 erreichten.

Da schon im Jahre 1896 die Station am Eigergletscher von Scheidegg aus zu Fuß von 30 000 Personen besucht wurde, so hofft man auf eine hohe Rentabilität der Jungfraubahn. Der Fahrpreis von Scheidegg bis auf den Jungfraubahn soll M. 28 betragen und die Fahrt in einer Stunde und 40 Minuten zurückgelegt werden.

Die Fahrgeschwindigkeit des aus Lokomotive mit Raum für 30 Personen und Anhängewagen für 50 Personen bestehenden Zuges wird etwa 8,5 km betragen. Drei solcher Züge sollen hintereinander einmal am Tage abgelassen werden, wodurch können biermal 240 = 960 Personen befördert werden. Der Zug wiegt 26 000 kg. Die Wagen wie die Stationen werden elektrisch geheizt und beleuchtet werden; ein Theil der Wagen ist bereits in Betrieb genommen worden.

Vor der Konzession zum Bau der Jungfraubahn erhoben wurde, mußte der Nachweis erbracht werden, daß nachtheilige Folgen in Form der Bergkrankheit den Menschen nicht beobachtet werden. Das Spiel auf diese Weise ohne Anstrengung erreichten. Diese Frage ist durch eine wissenschaftliche Untersuchungskommission geprüft worden und hat zu Bedenkenheimer Urteil Anlaß gegeben.

Deshalb nicht nur als Bergbahn wird dieses Unternehmen besondere Belebung beanspruchen, sondern auch die Wissenschaft wird indirekt durch den Bau der Jungfraubahn große Vortheile haben. Die Stationen müssen nämlich als wissenschaftliche Beobachtungsstation eingerichtet werden. Der Konzessionsinhaber ist verpflichtet, M. 80 000 für deren Ausstattung aufzuwenden und außerdem jährlich M. 4800 für Unterhaltskosten zu zahlen.

Besonders Interessant dürfte die elektrische Lokomotive der Jungfraubahn dienen; sie ist die stärkste Bahnlokomotive, die je gebaut wurde. Zwei Elektromotoren von 120 Pferdestärken, die bis auf 500 Pferdestärken geheizt werden können, sorgen die Fahrzeuge in Bewegung. Der Zug ist zur Sicherheit mit drei Bremsvorrichtungen ausgerüstet.

Wann werden endlich die sozialen Verhältnisse solche sein,

dass auch die arbeitenden Volksklassen heutige Kulturerkrankungen beseitigen können??

Diese Mauern lassen sich leicht dadurch errichten, daß man die Wände mit den wasserdröhnen und dunstdröhnen Halz-Bautafeln "Cosmos" benutzt und dann auf diese Halz-Bautafeln einen dünnen Cement-Verputz anbringen lässt. Dieser Cement-Verputz verbindet sich außerordentlich fest mit den sich sonst erweiternden Halzwellenschwörungen Holzfäulen. — Da bei diesen Halz-Bautafeln gleichzeitig ein anderes System von Holzfäulen gezeigt, also eine ruhende Luftschicht erzielt wird, welche besonders ein sehr schlechter Wärmedämm ist, so hat eine solche Bekleidung der Wände gleichzeitig den großen Vorteil, eine gleichmäßige Temperatur in dem betreffenden Raum herzustellen, so daß also im Sommer Schutz gegen die Hitze und im Winter Schutz gegen überproze Räthe gewährt wird. — Aus diesem Grunde hat man diese Halz-Bautafeln nicht nur zur Bekleidung der Wände, sondern auch zur Bekleidung der Decken verwendet. Man erhält dadurch in Verbindung mit Metall-Verputz einen dünnschichten, feuerfesten, gegen Wärme und Kälte schützenden Gewölbe-Gesatz.

Mit der Fabrikation dieser Halz-Bautafeln nach Patent Fischer befindet sich in Deutland nur zwei Fabriken, nämlich die Halz-Bautafeln-Fabrik Patent Fischer, Görlsdorf, m. bei der Haftung in Rawitsch in Bojen und die Holzplatten-Fabrik von A. W. Anderach in Beuel am Rhein.

oder wirtschaftliche Organisation aufzusammnen zu lassen. Alle diese Arbeitnehmer werden von den Sozialdemokraten bei Seite zu schaffen bestrebt. Weiter will die Sozialdemokratie, daß alle Arbeitnehmer zu ihren Kassen steuern. Gegen jede andere religiöse oder politische Überzeugung ist sie einen Zwang aus. Diese Tendenzen haben sich in einer Weise ausgedrückt, daß sie nicht nur dem öffentlichen Recht bewußtsein in's Gesicht schlagen, sondern daß sie auch das Gemeinwohl gefährden. Wenn das sich so weiter entwickelt, dann wird die bürgerliche Welt eine Antwort geben müssen, und wenn es jetzt dem hohen Hause nicht gefällt, eine Endanmung dieser Tendenzen vorzunehmen, so wird sich die Realität bald zeigen und es werden sich klügere Maßregeln notwendig werden."

Herr Dr. Nieberding hat offenbar das öffentliche Rechtsbewußtsein verwechselt mit dem sogenannten "Rechtsbewußtsein" der Schärfmacher und ihrer Anhänger.

Nach diesem Herrn betrat, in Vertretung des Generalschärfmachers Freiherrn v. Stumm, der Freikonservative Abgeordnete Dr. Arentz die Tribüne, um unter andauernder, oft stürmischer Heiterkeit des Hauses eine Menge demagogischen Unsinn vorzubringen. Er bedauerte das Fallenlassen des Sozialstiftungsgesetzes und wünschte, daß dieser "verhängnisvollste aller Fehler, die am Ende des neuzeitlichen Jahrhunderts gemacht worden sind (!!), eingeräumt wieder gut gemacht werde durch Annahme des vorliegenden Entwurfes. Die Koalitionsfreiheit war sollte erhalten bleiben" (!!), nur der "Koalitionszwang" sollte verhindert werden. Er schloß mit der albernen Phrase: "Für die Arbeiter Alles, aber auch Alles gegen die Sozialdemokratie!"

Nunmehr verarbeitete der freimaurige Abgeordnete Benzmann die Vorlage in zweistündiger Rede, deren leitende Gedanken folgende sind:

Die Liebe der Regierung zur Koalitionsfreiheit ist eine recht gezwungene, "eine mehr platonische". Die Vorlage mit ihren Begründungen richtet sich lediglich gegen die Arbeiter. Der oft geradezu entsetzliche Terrorismus der Unternehmer, den die Arbeiter und die Massen der Konsumenten zu ertragen haben, wird nicht getroffen. Die Unternehmer brutalisieren die Arbeiter mit Hunger und Verbannung. Dafür, daß Zustände erschüttern, welche ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter rechtfertigen, ist nicht das Minimum eines Beweises erbracht. Das gesammte beigebrachte Material, besonders soweit es Gutachten von Staatsanwälten, Polizeibehörden usw. darstellt, dient gräßlicher Täuschung. Wie die Arbeiterschaft, so werde auch das Bürgerthum den Muß haben, das vorgeschlagene Gesetz zurückzuweisen, allen Schärfmächtern zum Trotz!

Auch der antisemitische Abgeordnete Liebermann-Sonnenberg erklärte sich Namens seiner Freunde gegen die Vorlage, welche das Koalitionsrecht beschränkt.

Man kommt sich eines Gefühls des Mittelbaus nicht entwehren, als am dritten Beratungstage (Mittwoch) der Staatssekretär Graf Posadowsky die Debatte eröffnete mit dem Versuch, der wahrhaft vernichtenden Kritik, welche die Vorlage und deren Begründung bis dahin erfahren hatten, entgegenguteten. Unter lebhaften Widerdruck der Linken begnügte er zunächst, es sei in der Presse „bis tief in die demokratische hinein“ die Notwendigkeit anerkannt worden, „gewisse Ausschreitungen der Koalitionsfreiheit entgegenzutreten“. Beweise dafür erbrachte er nicht. Sodann erklärte er, „um jeder Legendenbildung vorzubeugen“, daß das Gesetz in vorliegender Fassung von allen Bundesregierungen beschlossen worden sei. Was die Denkschrift betreffe, so sei dieselbe „garnicht dazu da, um die einzelnen Paragraphen des Entwurfs zu begründen“ (!!), sondern lediglich, „um ein Bild der Arbeiterkämpfe der Gegenwart zu geben“ (!!). Was dieses Bild wert ist, daß es ein grundsätzliches, völlig willkürliche, tendenziös entworfen ist, darüber hält den Staatssekretär die Debatte befehligen können. Wie für diese Behauptung, so konnte das Haus füglich auch für die weitere, es sei „der einzige richtige Weg gewesen, als Gürtächer vorwiegend Polizeibehörden und Staatsanwälte zu hören“, nur schallende Heiterkeit haben. Und diese Heiterkeit wuchs, als der Herr mit sehr ernster Miene sagte, es sei ihm von einer sehr angesehenen Person mitgeteilt worden, der Terrorismus der Streitenden habe sich in einer Stadt sogar auf die Kinder in der Schule erstreckt. Die Kinder der Streitenden malträtierten und schikanieren, die Kinder der Arbeitswillingen in einer Weise, daß letztere gewungen sind, die Arbeit niederzulegen, um nur ihre Kinder zu schützen“ (!!). Sodann vertheidigte er die schwärzlichen Listen der Unternehmer, obwohl er zugeben mußte, daß dieselben bedenklich seien, da sie häufig Unschuldige mit den Schuldigen treffen.“ Diese Unterscheidung

zwischen „Schuldigen“ und „Unschuldigen“ ist denselben Geist entsprungen, der die Unterscheidung zwischen den „schlimmen Streitenden“ und den „braven Arbeitern wie Vögeln“ geschaffen hat. Die Regierung wollte die schwärzlichen Listen deshalb nicht bestrafen, weil sonst auch der Boykott bestraft werden müsse, und diesen Eingriff in den wirtschaftlichen Kampf sollte nicht machen. Aber ist dem Grafen Posadowsky denn nicht bekannt, daß Gerichte in zahlreichen Fällen schon längst den Boykott, wenn er von Arbeitern ausgeübt, bestraft haben? Schließlich verächtlich er, die verbündeten Regierungen hätten die Vorlage einverbracht in weiser Vorsorge, um durch eine verständige Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu verhindern, daß durch Massenausstände „unserem ganzen inneren Leben schwere Wunden geöffnet werden“. Also der Regierungsvertreter giebt unumwunden, daß eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit geplant ist, nicht um „Missbräuche“ zu verhindern, sondern um Streiks unmöglich zu machen! Wie reimt sich damit die Versicherung zusammen, daß das Koalitionsrecht „nicht angeastet werden soll“?!

Der wilhelminische Abgeordnete Rössler-Dessau antwortete dem Staatssekretär in längeren Ausführungen. Wie alle früheren Redner der Opposition, legte auch er dar, daß das Gesetz ein Ausnahmegesetz sei, das bei Weitem schlimmer ist, als das Sozialstiftungsgesetz und die Umfragevorlage, da es sich nicht gegen eine politische Partei, sondern gegen die gesamte deutsche Arbeiterschaft richtet. Dem Terrorismus der Unternehmer ließ Herr Rössler, belämmert selbst den Großunternehmerkreis angehörend, die schärfste Verurtheilung zu Thell werden.

Auch der preußische Handelsminister Breslau griff in die Debatte ein, um die Mitteilungen der famosen Denkschrift über den „Arbeiterterrorismus“ zu vervollständigen, die „Bedenklichkeiten der Streiks“ zu schildern und schließlich, was der Gesetzentwurf wolle, sei ein „Akt sozialer Gerechtigkeit“ (!!).

In längerer Rede wurde diese absonderliche „Sozialgerechtigkeit“ vom volksparteilichen Abgeordneten Haumann im Sinne der Ausführungen Bebel's, Lieber's, Bassermann's, Lenzmann's und Rössler's energisch bekämpft. Das Gesetz lasse den Arbeitern höchstens einen schmalen Fußweg, lege aber Fushangel auf beide Seiten deselben. Die Auflerungen des Abg. Lieber über die himmelschreitenden Urtheile deutscher Gerichte gegen Arbeiter seien weitesten Kreisen des Volkes aus der Seele geprägt.

Für die Polen gab Abgeordneter v. Garlinski die Erklärung ab, daß sie das Gesetz strikt ablehnen. Dieselbe Erklärung erfolgte seitens des Abgeordneten Winterer für die Elsässer mit dem Bemerkten, daß das Gesetz nicht dem sozialen Frieden, sondern nur der Verschärfung der Klassengegensätze dienen könne.

Nachdem am vierten Tage (22. Juni) zunächst das Beratungsgesetz, durch das der Regierung die Ermächtigung erteilt wird, den Reichstag bis zum 14. November zu vertagen, einstimmig angenommen, gelangte die Buchthalen-Vorlage - Debatte zum Abschluß. In zweieinhalbstündiger Rede sah der sozialdemokratische Abgeordnete Heine noch einmal alle Bedenken gegen den monströsen Gesetzentwurf zusammen, zugleich jährlange Kritik übend an den letzten Ausführungen der Regierungsvertreter und ihren konservativen Helfershelfern. Eingehend legte er an der Hand der Thatsachen dar, daß der wahre Grund der ganzen Aktion in nichts Anderem als in der planmäßig fortgesetzten Kreislauf gewisser industrieller Kreise zu suchen sei, einer Kreislauf, welcher ja bereits die Justiz in zahlreichen Urtheilen Negation getragen habe. Speziell die sächsische Justiz wurde vom Redner gebührend beleuchtet. Auch erinnerte er daran, daß der Staatssekretär Graf Posadowsky im vorigen Jahre gesagt: Das Koalitionsrecht sei nicht so notwendig in einem Lande, wo das allgemeine Wahlrecht herrsche. Und jetzt vertheidigte derselebene Mann, dieser Recht soll nicht angeastet werden! Mit großem Nachdruck trat Redner der elenden, demagogischen Lüge entgegen, daß die Streiks „sozialdemokratische Machenschaften“ seien. Die Sozialdemokratie habe kein Interesse an aufgelösten Streiks, welche die Kräfte der Arbeiter lähm legen und für höhere politische Ziele unbrauchbar machen. Weiter führte er aus, daß die Streitbrecher, welche man besonderen gesetzlichen Schutzes teilhaftig machen wolle, nicht gleichwertig seien mit ihren organisierten Kollegen, welche eine Erhöhung der Lebenshaltung für die Arbeiter erstreben.

Staatssekretär Nieberding machte unter aufrichtigen Misstrauensbewegungen des Hauses nochmals den Versuch, zu beweisen, daß man es nicht mit einem Ausnahmegesetz zu thun habe, während der Ministerial-

direktor v. Woedtke lebhafte Heiterkeit hervorrief durch die Erklärung, daß die Verfasser der Denkschrift selbstverständlich für dieselbe die volle Verantwortung übernehmen. Als ob damit der Wahrschafft und Gerechtigkeit etwas gedenkt wäre! Diesem Herrn hat es die arme Streitbrecherin angelassen, mir der, wie in der Denkschrift erzählt wird, ein Arbeiter nicht anlangen wollte. Herr Woedtke behauptete schlußlich: Eine größere Beliebigung für ein ehrbares Mädchen könnte er sich nicht denken! Wenn aber ehrbare sozialdemokratische Mädchen und Frauen vom Ordnungsholzhenthum angepöbelt werden, so versteht sich das ganz von selbst.

Der konservative Abgeordnete und zünftlerische Schneidermeister Jacobskötter versicherte, daß die Handwerkmeister die Vorlage mit Freuden begrüßt hätten, und von diesem Gesetz die Erlösung vom unerträglichen Terrorismus der Gewerkschaften erhofften!!! Wie kann dieser Mensch wagen, so etwas im Namen der Handwerker zu behaupten? Die Masse der Handwerkmeister steht mit der Sozialdemokratie gegen das Gesetz. Herr Jacobskötter kommt nur als Vertreter der Bündler-Clique in Betracht. Nachdem dann noch der Abgeordnete v. Hobenberg (Welse) und der Zentrumabgeordnete Pichler kurze Erklärungen gegen die Vorlage abgegeben hatten, fand die Abstimmung über den Antrag Levetzow statt; die Vorlage an eine Kommission zu verweisen. Dieser Antrag wurde mit erdrückender Majorität gegen die Stimmen der Konservativen, der Antisemiten und einiger Nationalliberaler abgelehnt.

Damit ist das Schicksal der Vorlage, definitive und formelle Ablehnung in zweiter Lesung, welche nach der Vertragung stattfinden wird, besiegelt.

Die Buchhandlung „Vorwärts“ wird alsbald die Verhandlungen genau nach dem amtlichen fotografischen Bericht in Brochürenform veröffentlichen. Mögen auch unser Leser mit für weiteste Verbreitung sorgen. In der Veranstaltung von Protesten darf kein Stillstand eintreten. Noch immerfort muss es durch das ganze deutsche Reich gelten: Nieber mit dem Buchhausgesetz und der Politik, die es geboren!

Aussperrung und Streik der Berliner Maurer sind beendet.

Zur Beilegung der Differenzen zwischen den Berliner Maurern und den dortigen Unternehmern fand am 24. Juni eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt statt. Dem Einigungsamt gelang es denn auch, einen für beide Theile annehmbaren Vorschlag zu finden, dem die Maurer in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung am Sonntag ihre Zustimmung zu den Vorschlägen des Einigungsamtes gaben. Die Arbeit durfte am Dienstag allgemein aufgenommen werden sein.

Über die Verhandlung vor dem Einigungsamt entnahmen wir den „Vorwärts“ nachstehenden Bericht:

Im Bürgerfoyer des Rathauses versammelten sich Sonntagnachmittags um 10 Uhr, zahlreiche Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Berliner Baugewerbes, um den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht beizuwohnen.

Die eine Seite des Streites war für die Arbeiter, die andere für die Arbeitgeber reserviert. Am Geschäftlich sitzen die Richter: der Vorsteherliche Magistrats-Amtschef v. Schulz, Fabrikant Weigert und Fabrikant Dr. Gerschel als Arbeitgebervertreter; former Körner und Steinseger Knöll als Arbeitnehmervertreter. In den beiden Reihen hatten die Vertreter der freirenden Parteien Platz genommen, zu ihnen zählten unter den Arbeitern auch Böhnelburg, der Vorsteher des Centralverbandes der deutschen Maurer- und Willkür, der Vertreter der Berliner Gewerkschaften.

Professor v. Schulz fragte zunächst die Verhandelten, ob sie öffentlich verhandeln wollten, was besagt wurde, und stellte dann fest, daß die Initiative zu den Einigungsverhandlungen weder von den Arbeitnehmern noch von den Arbeitgebern ergangen worden sei, sondern von dem Arbeitgeberverein des Gewerbegerichtes. Es sei erfreulich, daß beide Theile schließlich dem Ergebnis des Gewerbegerichtes Folge geleistet haben und die Versammlung so schnell zusammengetreten sei. Er hoffe, daß die Verhandlungen für beide Theile zu einem gleich ehrenvollen Friede führen werden.

Als Sprecher traten für die Arbeitgeber Baumeister Döbler,

Baumeister Westphal und Baumeister Ladmann, für die Arbeiter Maurer Silberschmid, Maurer Kater-Berlin und der Verbandsvorsteher Böhnelburg-Hamburg auf.

Zunächst wurde Silberschmid das Wort verliehen. Er führte etwa aus: Die Aussperrung der Maurer hat den Anlaß zu dieser Versammlung gegeben. Ich will mir erlauben, eine Darlegung der Maurerbewegung in den letzten Jahren zu geben. Schon im Jahre 1889 verlangten die Maurer einen Stundenlohn von 60 Pf. pro neunstündiger Arbeitszeit, und diese Forderung wurde auch von zwei Dritteln der Maurer erfüllt. Bis zum Jahre 1895 ging dann der Lohn auf 50 Pf. pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit zurück. 1896 forderten die Maurer neunstündige Arbeitszeit und 55 Pf. Lohn. Sie wurden damit abgewiesen und mußten in den Streik treten. Im Jahre 1897 wurde die Forderung auf 60 Pf. pro Stunde erhöht. Die Forderung wurde förmlich gestillt und sowohl dem Bund wie den einzelnen Unternehmen mit der Bitte um mundliche Verhandlungen mitgeteilt. Letzters wurde abgelehnt, die Arbeiter mußten wieder zum Streik schreiten, der dann auch teilweise sehr große Erfolge durchgeführt wurde. 1898 wurden keine neuen Lohnforderungen erhoben. Man begnügte sich damit, die Forderung vom Vorjahr möglichst allgemein durchzuführen. Auch im Herbst 1898 dahe man an keine Erhöhung des Lohnes

Lehe, Letschin, Torgelow, Zehdenick, Blankenburg a. S., Schöningen, Ansel Mügen (das Streitgebiet umfasst die Orte: Bergen, Bins, Sellin, Göbren, Putbus und Gingh), Weisenfels, Göthen, Lüneburg, Freyhan-Krotoschin, Lützen, Zwischen, Meerane und Darnstadt.

Sperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Koch in Wandelsbek, Weller, Lampé, Rechter und Brinkmann im Baubezirk Langenselbst-Stellingen-Giedelsiekt-Lohse, F. Stralenstorff und R. & A. Strelow in Sonnenburg in der Neumark, Scheel, Gaylen, Schacht und Heeds in Bargteheide, Gildebrandt in Briesen, Schönebeck, Dinklob in Tiefenbach, Bullermann in Münster i. Westf., Reisch in Speyer, Thielbach in Bernstein in der Neumark, Gebr. Hoffmann, Fr. Staub, Balth. Hahl und Elias Zimmermann in Ludwigshafen, Kaune in Hamburg, Assel in Schackensleben, Pape in Pölitz und Herm. Küster in Gollnow.

Zugang ist weiterhin fern zu halten von Roslin, Plauen im Voigtl., Schwedt und Sorau.

* * *

Die Aussperrung der Maurer Berlins ist beendet; der zweite Artikel der heutigen Nummer enthält einen ausführlichen Bericht über den vor dem Gewerbege richt herbeigeführten Vergleich.

Beendet ist auch der Streit in Gommern (Steinbrucharbeiter). Am Freitag der vergangenen Woche wurde die Arbeit aufgenommen. Die Arbeitszeit wurde von 11½ auf 11 Stunden verkürzt und der Tagelohn um zirka 30 % erhöht. Der Hauptvorbehalt für die Arbeitnehmer wird sich in den Wintermonaten gestecken; während sonst an den kürzeren Tagen Böhme von M. 2,25-2 gezahlt werden, dürfte jetzt der niedrigste Tagelohn im Winter M. 2,16 (27 4 pro Stunde) betragen. Soll sich die Steinbrucharbeiter organisiert haben, ist übrigens auch erst der Sommerlohn von M. 2,25 auf M. 2,70 gestiegen; durch die Umwandlung in Stundenlohn und Festlegung der Arbeitszeit ist nun doch der älteste Lohnbrüderstreich ein Regel vorgegeben. Die vorläufige Maßregelung zweier Streitenden ließ sich leider nicht verhindern. Um den Kampf, den bedeutende Opfer erforderte, nicht in die Länge zu ziehen, verzichteten die Geschäftsgesellen auf ihre Webereinstellung in ihr altes Arbeitsverhältnis.

Wahrscheinlich wird auch im Laufe dieser Woche der Streit in Bremerhaven beendet. Die Maurer haben am Sonntag beschlossen, den Streit aufzugeben, die Zimmerer halten jedoch eine gegen seitige Stellung eingenommen. Die Unternehmer knüpfen aber an die Arbeitsaufnahme seitens der Maurer die Verbindung, daß auch die Zimmerer zunächst den Streit beenden. Zugang ist daher der Zugang noch fern zu halten.

In Augsburg sollen am Sonnabend Verhandlungen zur Beilegung des Streits vor dem Gewerbege richt stattfinden. Ob es dazu gelommen ist, darüber halten wie bei Redaktionsschluß kein Mitteilung. Nach einer Vorberichtigung vor dem Reichsrath (Stadtrath) Bader ist aber wenig Aussicht auf Einigung. Bader meinte, der Sohn von 40 & für jüngste Maurer sei zu hoch, solche verdienten nach Aussage der Meister nur 30 %. Die Maurer, so meinte der Herr Reichsrath weiter, hätten ja bessere Böhne als die Schuhleute. Wenn alle Einigungs-Mechanische so denken, dann dürfte es mit der Einigung gute Wege haben. Mit dem Zugang von Streitbrechern haben die Augsburger Unternehmer bisher wenig Glück gehabt. Die Mehrzahl der Baugeogenen, viele waren es überhaupt nicht, hat sich den Streitenden angeschlossen und ist wieder angestreift.

In Mainz ist es zu Vereinbarungen gekommen, so daß ein allgemeiner Maurerstreit ausgeschlossen ist. Die Zahlung eines Mindestlohnes von 45 & kommt nicht erreicht werden, doch soll der Durchschnittslohn 45 & betragen. Im Allgemeinen soll der bisher gezahlte Lohn mindestens um 2 4, im Durchschnitt um 3 & pro Stunde aufgegeben werden. Die Arbeitszeit bleibt im Sommer zehnständig, für die kürzeren Tage soll sie den Wünschen der Gesellen entsprechend einheitlich geregelt werden. Alle Jahre im Dezember sollen die Vertreter der Gesellen und der Unternehmer zusammenkommen, um für das nächste Jahr die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinbaren. Die Lohnnerhöhung tritt am 25. Juni in Kraft.

Der Streit in Darmstadt ist jetzt gänzlich für die Kollegen. Von den vor dem Streit beschäftigten 825 Gesellen arbeiten 110 zu den neuen Bedingungen und einige 40 blieben als "Arbeitswillige" stehen. Im Streit waren in der vergangenen Woche 253 Kollegen, so daß über 200 abgereist sind. Im Laufe dieser Woche dürfte es zu Unterhandlungen kommen.

In Blankenburg bröckelt es auch unter den Unternehmern. Der Ring ist gebrochen. Die kleinen fangen an wankelmäßig zu werden, einer hat die Vorberichtigung der Arbeit bewilligt.

Aus Schöningen sind die Streitenden bis auf vier Mann abgereist. Aussicht auf Beilegung des Streits ist somit wenig vorhanden.

In Lüneburg hat sich der Stand des Streits gleichfalls nicht geändert. Kein Streitende befindet sich noch an Ort. In Torgelow haben nun auch die "Arbeitswilligen" des Unternehmers Binsen die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streitenden beträgt zehn.

In Cottbus ist eine Abberichtigung der Streitlage nicht eingetreten. Dasselbe ist aus Weisenfels zu berichten.

Die Unternehmer von Lützen haben den Streitenden 38 & statt der geforderten 35 &. Die zehnständige Arbeitszeit wurde bewilligt.

In Meerane arbeiten in der verflossenen Woche 26 "Arbeitswillige" elf Stunden pro Tag, während 55 Kollegen auf Zehnstdienst-Bauten beschäftigt waren. Zu unterstützen waren 48 Streitende.

In Briesen steht der Streit sehr günstig, trotz des erschwerenden Umstandes, daß unsere dortigen Kollegen es mit vielen Böhmen zu thun haben; die schwerer zur Arbeit zu bewegen sind. Nicht nur, daß böhmische Maurer in großer Zahl

in Frage kommen, sondern der Böhme ist in den sächsischen Städten Chemnitz, Bautzen, Neidenbach, Plauen z. B. vielfach mit seiner ganzen Familie am Bau. Und wenn der Böhme infolge des Streits zur Arbeit gebracht wird, dann verlangt er nicht bloß für sich Reisegeld und Arbeit nachgewiesen, sondern auch für seine Frau, Tochter oder Schwester, die am Bau als Handarbeiterin beschäftigt sind. Über trotz aller dieser Schwierigkeiten steht der Streit günstig, denn zirka 350 Gesellen sind schon abgereist und 84 arbeiten zu den neuen Bedingungen. Da außerdem 164 Streitende sich zur Kontrolle melbten, dürfte die Zahl der Streitbrecher kaum 100 betragen. Dies ist für Bautzen eine über alles Geworten geringe Zahl, und wenn es den Kollegen gelingt, den Zugang fern zu halten, wog alle Kräfte angeprornt werden müssen, dann dürfte der diesmalige Streit durchschlagenden Erfolg haben.

Aus Dresden ist Neues nicht zu berichten.

In Krotoschin sind die Kollegen am Sonnabend in den Streit getreten, da die Unternehmer Zugeständnisse nicht machen wollten, auch weitere Unterhandlungen ablehnten. Die Kollegen werden in großer Zahl das Streitgebiet verlassen.

In Frankfurt a. M. sind am Montag die Zimmerer in den Streit getreten. Sie fordern 50 & Stundenlohn. Deshalb auf mehreren Bauten die Maurer sofort in Wilsleben-Lohne gezogen werden, ist es dringend geboten, den Zugang nach Frankfurt fern zu halten.

Stukkature.

Sperren sind verhängt über die Firmen Krug, Behrens, Ernst Breuer, Mertens, Nahmer und Höder in Düsseldorf, Gottlob Biesel in Pforzheim (von letzterem Orte ist Zugang fern zu halten, da der Geschäftsgang dort ein flauer ist). Zugang ist weiterfern zu halten von Münster i. W. und Münchener Gladbach.

* * *

Die Filiale München-Gladbach hat einstimmig beschlossen, die zehnständige Arbeitszeit zu erläutern. Bisher wird noch zwölf Stunden gearbeitet. Sollten Überstunden nicht zu umgehen sein, so soll die Überstunde mit 26 ½ pf. Aufschlag bezahlt werden. Für Nacht- und Sonntagsarbeiten werden 28 ½ pf. Aufschlag verlangt. Zugang ist energetisch fern zu halten.

* Der Streit der Steinleger in Berlin ist beendet. Die Firma hat die sämtlichen ursprünglich von den Steinleger ausgestellten Forderungen unterdrückt und willigt und zwar bis zum 1. Januar 1901. Die Steinleger haben also nunmehr die zehnständige Arbeitszeit 35 & Stundenarbeit; Nebenstunden werden mit 26 pf. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 pf. Aufschlag bezahlt. Die Zahl der Fünfzehnminutenarbeiten beträgt täglich sechs. Sollten die Unternehmer vor acht Tagen den Schiedsspruch des Einigungsamtes abgesetzt, dann dürfen sie wesentlich vorbehaltloser davon gesprochen. Das Gleiche steht so schnell nachgetragen müßten, so auf das unternehmenswerte objektive Verhalten des Betriebs zu zufrieden, um nach dem Bekanntwerden des Schiedsspruchs ihre abwartende Stellung aufzugeben und auf die Feststellung der Arbeitsergebnisse zu drängen. Das muß sogar von solchen Verbünden konstatirt werden, die sich bei Beginn des Streits offen gegen die Arbeiter gestellt hatten. Allerdings haben die Leiter nicht durch eine sehr geschickte Taktik verstanden, die Unternehmer fortgesetzlich moralisch in Unruhe zu setzen.

* Aus Dänemark. Von der Aussperrung betroffen sind die Maurer, Zimmerleute, Tischler, Arbeitnehmer in Sägewerken und Möbelnischen, Schmiede und Maschinenbauer, Stuhlkaten, Glasmaler, Goldgleicher, Formar, Maler und alle Arbeiter, die in diesen Betrieben als Arbeiter beschäftigt waren. Außerdem sind viele Arbeitlose in den Berufen, welche von den genannten Abhängen sind, nämlich Drechsler, Bildhauer, Bergarbeiter, Tapetierer, Schiffszimmerleute u. a. m.

Unsere Fachgenossen bitten um Unterstützung. Dieselbe ist zu senden an den Hauptkonsistor der centralistischen Fachverbände Dänemarks, G. S. b. d. e. n. s. , A. d. m. e. r. g. a. d. e. 22, Kopenhagen, D. K. D. a. n. e. m. a. r. t.

* Der Textilarbeiterstreit in Brüssel ist beendet. Nach mehrjährigen, unter dem Vorsteher des Statthalters abgeschlossenen Verhandlungen des königlichen Ausschusses der Wollindustriellen und der ausständigen Textilarbeiter ist durch Annahme der Einigungsvereinbarung des Statthalters ein Einvernehmen erzielt, durch welches der Ausstand beendet ist. Die Arbeit ist wahrscheinlich am Montag aufgenommen worden. Sämtliche Betriebe der Textilindustrie, ausgenommen die Streichgarn- und Vigognepinnereien, führen eine 10½ stündige tägliche Arbeitszeit ein, ausgenommen sind die Sonnabende, an denen die Arbeit um 5 Uhr Nachmittags endet. Es wurde vereinbart, daß es den Streichgarn- und Vigognepinnereien freisteht, eine gleiche Arbeitsdauer einzuführen; unterdessen ist diese für die Affordarbeiter gültig, während für die übrigen Arbeiter die bisherige Arbeitsdauer bestehen bleibt.

Den im Tagelohn beschäftigten Arbeitern ist eine Lohnnerhöhung von fünf Kreuzern pro Tag zugesichert. Nach Wiederaufnahme der Arbeit ist auch den Affordarbeitem eine Lohnnerhöhung zugesichert. Die Agitation soll auch in Zukunft noch mehr als bisher von Mund zu Mund und von den einzelnen Bahnhöfen in den Orten und in ihrer nächsten Umgebung betrieben werden. Die Delegierten verpflichten sich, so viel wie möglich, sei es durch freiwillige Gaben oder durch Verkauf von Agitationsmarken, nach Kräften die Agitationskommission finanziell zu unterstützen, um in den zurückgebliebenen Gegenden Agitation betreiben zu können.

Nachdem im Punkt "Verschiedenes" noch einige geschäftliche Angelegenheiten Erörterung gefunden und nochmals das Wahnswort an alle Delegierten gerichtet worden war, mit Ernst und frohem Muth an die schwere uns noch bevorstehende Arbeit zu geben, erfolgte mit einem breitfachen Hoch auf den Centralverband und die moderne Arbeiterbewegung Schluss der Konferenz.

* * *

In Altenstein (Ostpreußen) fand am 18. Juni eine öffentliche Maurerversammlung unter freiem Himmel statt. Ein Saal war für die Versammlung nicht zu haben. Über die Lage der Maurer in Ost- und Westpreußen sowie über Zweck und Nutzen der Organisation sprach Kollege Hoffmann-Danzig. In Altenstein müssen die Maurer zur Zeit noch zwölf Stunden, von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, arbeiten für einen Tagelohn bis zu M. 2,80. Daß auch sonst Nebenstände bezüglich der Gerüste, Baubuden, Aborten etc. massenhaft vorhanden sind, besteht sich am Stande. Die Versammlung war von etwa 100 Kollegen besucht und wurde mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation gefeiert.

Die Bahnhofstelle Alt-Schrammenburg hielt am 18. Juni eine zahlreich besuchte Mitgliedsversammlung ab. Kollege Deutmann fand mit einem Vortrag über Zweck und Ziel der Organisation reichen Beifall. Vier Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Am 16. Juli soll ein Sommervergnügen für die Kollegen angezeigt werden.

es noch ein zweites Mal wagen darf, seine Arbeiter unanständig zu behandeln. Leider gibt es aber auch unter den Kollegen einige, die durch ihr Vertragen dem Unternehmertum ein gewisses Recht zu ihrem schamlosen Treiben geben. Anstatt den Verbund in seinen Bestrebungen zu unterstützen, beschimpfen die selben auf die gemeinst Weise. Es mügte dieschah der Kollege Georg Hörmann aus Trudelsberg, Buchnummer 040 059, ausgeschlossen werden und das Mitglied Georg Heng, ebenfalls aus Trudelsberg, das mit dem anderen Kollegen auf gleiche Weise gesetzt zu werden verdient, ist freiwillig ausgetreten. So bedauerlich dies nun an und für sich ist, so anders es doch nichts an der zitiigen Fortsetzung der Sache. Sie schreitet vorwärts, trotz allem.

Sonntag, den 16. Juni, tagte in Mittweida im Schlosshause eine öffentliche, ziemlich gut besuchte Bauarbeitervergammung, in der Kollege Seibert über: "Die Schäden im Baugewerbe und der Bauarbeiterkongress" referierte. Nach dem sehr beständig aufgenommenen Vortrage entzündete sich eine lebhafte Diskussion, in welcher von mehreren Rednern darauf hingewiesen wurde, daß hier am Orte die Missstände in ganz trauriger Weise zur Tage treten. Von Desinfektion der Arbeit haben die hiesigen Unternehmer gar keine Ahnung. Die Worte in stilistischer wie hygienischer Beziehung zu beschreiben, findet man keine Worte. Die Bauarbeiter, hoffentlich man sie noch Bauarbeiter nennen kann, sind in dem deutbar schlechtesten Zustande; denn wenn es vorkommt, daß ein Kollege in den Regenflügen, welche sich in der Pude befinden, ausruft und sich das Kind ausschlägt, daß da er sich in drastische Behandlung begeben muß, braucht man wohl weiter nichts zu sagen. Und das war noch dazu auf einem großen südböhmischen Bau. Die Gerüste im großen Ganzen lassen ebenfalls noch sehr viel zu wünschen übrig hier in Mittweida. Der Polizei wurde nahegelegt, besser ihre Pflicht zu tun. Zur Bautonot wurde eine dreigleisige Kommission gewählt. Nun, Kollegen, rastet Euch aus aus Eurem Schlaf! Alle, die Ihr organisiert seid, agiert für die Ausbreitung des Verbundes, damit Ihr nicht bis dem Namen nach organisiert seid.

In München fand am Dienstag, den 20. Juni, im Gabelsberger Keller eine öffentliche Maurervergammung statt, welche ziemlich gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Der Augsburger Maurerkrieg und die Bedeutung desselben für München", halte an Stelle des verhinderten Kollegen Böhmker der Redakteur der "Münchener Post", Genosse Eduard Schmidt, das Referat übernommen. Redner verbreitete sich in ausführlicher Weise über die heutige kapitalistische Werthaltung und führte der Vergammung vor Augen, daß die Arbeiter von der heutigen, auf fast allen Gebieten günstigen Geschäftskonjunktur so viel wie nichts profitieren haben; ja vielfach ist sogar eine Verschlechterung eingetreten, da die Wohn- und Lebensmittelpreise bedeutend in die Höhe gegangen, die Löhn aber im Großen und Ganzen nicht gestiegen, teilweise sogar gesunken sind. Die Unternehmer haben verstanden, jeden günstigen Geschäftszug für sich auszubauen. Wenn unsere Organisationen auf der Höhe der Zeit ständen, würde es bestimmt leichter sein, den Unternehmern etwas abzuringen. Der Streik, welcher sich gegenwärtig in Augsburg abspielt, sei sehr schrecklich für die Münchener Maurer. Redner gefielte auf's Schärfste die Interessenschärfest der hiesigen Kollegen, welche, trotzdem sich der Augsburger Streik fast vor den Thoren Münchens abspielt und der Ausgang desselben für ganz Südbayern und speziell für München von großer Wichtigkeit ist, sich nicht betonen fühlten, in die heutige Vergammung zu gehen und wenigstens den Saal ordentlich zu besetzen. (Sehr richtig.) In seinen weiteren Ausführungen gab der Referent ein klares Bild über die Augsburger Bewegung und über die Ursachen des Streiks, sowie dessen bisherigen Verlauf. Er kritisirt schärf die Haltung der dortigen Polizei, indem er einige drastische Beispiele aufzählt, und unterzog auch die Haltung der bürgerlichen Presse, besonders die schönen Verleumdungen der "Augsburger Abendzeitung", einer gebührenden Beleidigung. An die Münchener Maurer trete jetzt die Frage heran: "Was haben wir gegenüber den Augsburger Kollegen zu thun?" Indem Redner die Münchener Maurer aufforderte, ihre kämpfenden Kollegen in jeder Hinsicht halfschaftig zu unterstützen, kam er auch auf den Besuch der Scharfmacherklasse deutscher Bauarbeitermeister in Berlin zu sprechen, welche sich trotz der noch gegenwärtigen Baudausbauplage nicht scheuen, die deutschen Maurer an freiwilliger Arbeit zu hindern. Die "Münch. Aug. Blg." weiß höchstig zu berichten, daß die Streitkasse der Maurer in Hamburg bereits eröffnet sei infolge der vielen Streiks und der ehemaligen Unterstützungen, welche sie an die ausgesprochenen Arbeiter Dänemarks zu zahlen habe. Das liberale Blatt kann den Beschluss der Berliner Scharfmacher nur begrüßen, wenn derselbe zur Durchführung gelangt, würden die Maurer in 8-14 Tagen ausgehängt sein. Redner freiste noch kurz die Aussperrung der former in Leipzig. Sogar bürgerliche Blätter, unter Anderen die "Berl. Volks-Ztg.", sprechen ihr Bedenken gegen ein derartiges Vorgehen dieser Terroristen aus. Über was klimmt sich darum das Scharfmacherschuh? Die Flinte schießt und der Säbel hauft! Mit der Aufforderung, keiner der Anwesenden solle heute das Total verlassen, bevor er Mitglied des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands geworden ist, schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion erwähnte Kollege Göbenberger, zur richtigen Meinungsänderung der Arbeitgeber im Baugewerbe, daß dieselben eine Petition an den Reichstag gerichtet haben, "fahrlässige Tötung" (Bauunfälle) einzustimmen mit Gefängnis mit Festung zu bestrafen. (aber welche Abgebrühtheit der Vergammung ihrer Entrüstung Ausdruck gegeben.) Genosse Winter, Schreiter, erinnerte die Anwesenden, die richtige Konsequenz aus dem heutigen Vortrage zu ziehen und weist (mit Recht) darauf hin, daß die Maurerorganisation in München die jüngst gebildete Gewerkschaft Münchens sei. Nachstehende Resolution darf einstimmig annehmen: "Die heute, den 20. Juni, im Gabelsberger Keller" tagende öffentliche Maurervergammung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden; sie verurtheilt auf das Schärfste das prosige Verhalten der Augsburger Unternehmer und sieht den ausständigen Kollegen volle Sympathie und haiträufige Unterstützung zu. Ferner protestiert die Vergammung gegen die von den Berliner Unternehmern geplante Generalausperrung der Maurer und gibt ihrer Entrüstung Ausdruck über die Baudausbauplage. Die Verhandlungen geloben, Mann für Mann in die Organisation einzutreten, um dadurch der Willkür des profsigsten Unternehmertums einen Damm entgegenzusetzen."

Die Bahnhofstelle Münster i. W. hielt am 20. Junit ihre regelmäßige Mitgliedervergammung ab. Für den auscheidenden

Kollegen Löhwig wurde Kollege Nedlich als Vorsitzender gewählt. Bezeichnet wurde, die Sperr über die Bauleremann'schen Bauten aufrecht zu erhalten. Bereitende Kollegen werden daher erachtet, bei Bauleremann keine Arbeit anzunehmen. Die Kollegen werden erachtet, kräftig für die Ausbringung von Mitteln zum Streitfonds zu agitieren. Ab 50 aus der Lokalkasse würden dem Streitfonds sofort überwiesen.

In Neumünster tagte am Donnerstag, den 16. Juni, im Ellyium die regelmäßige Mitgliedervergammung, welche gut besucht war. Neben die Stellungnahme zum Streitfonds entspann sich eine rege Debatte, indem man sich über die Höhe des zu zahlenden Betrages nicht schlüssig werden konnte. Unter Anderem wurde vom Kollegen Rämermann der Vorschlag in Auseinandersetzung gebracht, die Kollegen, welche während des Streits abgefallen sind, mit Ausnahme Deter, welcher sich in schmückiger Weise als Gegner aufgeschaltet haben, wieder als Mitglieder aufzunehmen. Würde dieses eingetragen, so würde für Neumünster eine monatliche Mehrabnahme von mindestens 150 erzielt werden. Andererseits könnte man durch einen mäßigen Streitfondsbeitrag Vieles leisten, ohne dadurch die beverhältnisse der Mitglieder beiderseits zu belasten. Diejenigen Verhältnisse wären nicht dazu angehören, den Gegner selbst einzuführen. Grade das Vorgehen der Unternehmer, welche sich in geschäftlicher Hinsicht den Teufel um die Existenzfähigkeit ihrer Kollegen kümmern, zur Unterwerfung der Gesellen aber stets einig seien, sollte den Kollegen ein Asyl sein, Frieden zu stiften. Hierauf gelangte ein Antrag, daß jeder Kollege monatlich mindestens 80 zum Streitfonds beizutragen habe, einstimmig zur Annahme.

Am 17. Juni tagte in Nei-Welkenfels eine aufgezehrte

Mitgliedervergammung. Auf der Tagesordnung stand: Regelung der Strafgefäller vom Leidensbeginnstag. Es wurde lebhaft über

diesen Punkt diskutiert und schließlich der Antrag des Kollegen Berge angenommen, der dafür lautet, daß der Beifall vom

vorigen Jahre aufrecht zu erhalten sei und die restirenden Kollegen die Strafgefäller bis zum 1. Oktober zu begleiten hätten. Dann wurde über die Taktik der Aussperrung diskutiert. Es

war gefragt, daß etliche Kollegen dem Vergammungsschlus nicht nadegkommen seien und wurde ihnen strenge Durchführung des Beschlusses zur Pflicht gemacht. Die Kollegen, welche im Streitfeld wohnen und außerhalb des Streitfelds arbeiten, sollten 80,- pro Monat, diejenigen, welche sich in einer öffentlichen Vergammung hielten, 10,- pro Monat leisten. Hierauf gelangte ein Antrag, daß jeder Kollege monatlich mindestens 80,- zum Streitfonds beizutragen habe, einstimmig zur Annahme.

Am 17. Juni tagte in Nei-Welkenfels eine aufgezehrte

Mitgliedervergammung. Auf der Tagesordnung stand: Regelung

der Strafgefäller vom Leidensbeginnstag. Es wurde lebhaft über

diesen Punkt diskutiert und schließlich der Antrag des Kollegen Berge angenommen, der dafür lautet, daß der Beifall vom

vorigen Jahre aufrecht zu erhalten sei und die restirenden Kollegen die Strafgefäller bis zum 1. Oktober zu begleiten hätten. Dann wurde über die Taktik der Aussperrung diskutiert. Es

war gefragt, daß etliche Kollegen dem Vergammungsschlus nicht nadegkommen seien und wurde ihnen strenge Durchführung des Beschlusses zur Pflicht gemacht. Die Kollegen, welche im Streitfeld wohnen und außerhalb des Streitfelds arbeiten, sollten 80,- pro Monat, diejenigen, welche sich in einer öffentlichen Vergammung hielten, 10,- pro Monat leisten. Hierauf gelangte ein Antrag, daß jeder Kollege monatlich mindestens 80,- zum Streitfonds beizutragen habe, einstimmig zur Annahme.

Am 17. Juni tagte in Schleswig eine öffentliche Ver-

gammung der Maurer und Zimmerer auf der Herberge statt, die sich mit der Antwort der Unternehmer betreift der Bahn-

förderung beschäftigt. Es wurde auch von einigen ordi-

nentlichen Maurern, welche sich sonst fast nie in einer öffentlichen Vergammung hielten, befürchtet, daß die Aussperrung hielte die Kollegen zum Aufhören in dem uns ausgewanderten Kampfe, bis der Sieg unter ist. Damit wurde die Vergammung mit einem Hoch auf unsere Organisation geschlossen.

Am Dienstag, den 20. Juni, fand die regelmäßige Mitglieder-

vergammung der Baudisziplinen Nordhausen statt, welche wurde das

Bundesbriefen vom Hauptvorstand verlesen und diskutiert; be-

schlossen wurde, 20,- wie bisher zum Streitfonds zu zahlen,

mit der Aufforderung, jeder Kollege solle seine Pflicht ihm.

Auch an den damals stattfindenden Protestvergammungen

die Buchhausvorlage machten sich die Kollegen zahltrech-

teiligen. Den arbeitsamtlichen Kollegen H. Hüls wurden

10,- als Unterstützung überwiesen. Der Kassier berichtete, daß

in Bleckeroode eine Bahnhofstele geprägt sei. Zu der Vergammung

hatten sich auch zwei Meister eingefunden. Im Laufe der Woche

ist mit dem Bevollmächtigten und noch einigen Kollegen getroffen worden. Ob man vielleicht glaubt, dadurch die Bahnhofstele zu zerstören? Am Weiteren wurde befürchtet, daß auf

einigen Bauten nach 6 Uhr gearbeitet würde.

Am Sonntag, den 11. Juni, hielt die Bahnhofstelle Osnaubrig

ihre Mitgliedervergammung im Dietrichschen Hofe ab. In

"Gewerkschaftliches" teilte der Vorstand der Vergammung mit, daß der Hauptvorstand sich damit einverstanden erklärt hat,

daß wie die Beitragsentziehung wie bisher weiterführen, wenn

es hier am Orte nichts nicht anders ginge. Es wurde nun

beschllossen, die Beitragsentziehung wie bisher weiter zu führen.

Kollege Wittenburg gstellte den Antrag, daß ein Vergammungs-

stempel angefertigt und die Kollegen verpflichtet werden, vier

Vergammungen im Quartal zu beitreten. Die Kollegen, welche

damals nicht kommen, jahrelang 60,- zum Streitfonds, es werden

diese Marken aber nicht in der Karte, sondern als Sparmarke in

seinem Buch geführt. Nachdem die Kollegen 60,- und 65,- und 70,-

noch dafür gebracht, wurde der Antrag angenommen. Ferner

beschllossen, am Sonntag, den 18. Juni, eine öffentliche

Vergammung abzuhalten und die indifferenter Kollegen durch

Flugblätter dazu einzuladen. Zum Verbreiten der Flugblätter

wurden zwölf Kollegen gemacht. Kollege Henning ist u. s. führte

an, daß die Braunschweiger Unternehmer ihre schwarzen Listen

auch an lokale Unternehmer gefandt hatten und von Braunschweig

zugehörige Kollegen bei den Einheitsmeistern ihre Arbeit erhalten haben. In "Vereinbartes" erwiderte Kollege Wittenburg die

Kollegen, den Fragestafeln besser zu benutzen.

Am Sonntag, den 18. Juni, fand im Lokale des

Genossen Hoffmanns eine öffentliche Maurervergammung statt.

Kollege Wettig referierte über: "Was heißt der

Verbund, und warum müssen wir uns organisieren?" Der

Referent führte den Anwesenden vor Augen, daß da, wo die

Arbeiter organisiert sind und etwas leisten für ihre Organisation,

die höchsten Löhn bezahlt werden. Als Beispiel führte er die

Budapestcr zu, welche karätig sind, die 9-stündige Arbeitszeit,

ein Durchschnittslohn von M. 25--28 wöchentlich haben.

Daher sei es Pflicht eines jeden, sich seiner Organisation

anzuschließen. Weiter führte der Referent an, daß einige Maurer

noch immer die 20 oder 25,-, welche sie wöchentlich zu zahlen

sollten, sparen wollten. Dieses ist grundsätzlich verfehlt; lieber

sollten sie es der Organisation zuzutun lassen, daß diese die

beste Sparkasse sei, welche die eingezahlte Geld mit Zinsen

zurückzahlt. Als Beweis führte der Referent die Berliner

Meister an, welche vor zwei Jahren, als ihre Organisation aus

nur 16 Mitgliedern bestand, unter 80,- Stundentlohn hatten,

jedoch, nachdem die Organisation bedeutend zugewonnen

habe, jetzt der Rahmen auf 25,- gestiegen. Auch führte der

Referent noch an, daß der Verbund seinen Mitgliedern, welche

ihre Pflicht für den Verbund von den Unternehmern

gemäßregelt würden, Unterstützung und Rechtschutz gewährte.

Besonders wies der Referent dann noch auf die Budapester

Verlagerung hin; es sei Pflicht eines jeden Arbeiters, die Organisation

zu stärken und lädt zu agitieren, damit die Vorlage nicht

gesetz wird. Hierauf erwiderte der Vorstand die anwesenden

Maurer, welche dem Verbund noch fern stehen, sich aufzunehmen

zu lassen, damit auch für die Öffizialität Maurer bessere Ver-

hältnisse geschaffen werden könnten. Kollege Kloß er brachte

noch vor, daß auf einigen Bauten schon wieder elf Stunden

gearbeitet und auch Nachtschicht gezaubert werden. Leider war

die Vergammung von nur circa 90 Personen besucht. Drei

Kollegen ließen sich in den Verbund aufnehmen.

Am 10. Juni tagte in Remscheid eine öffentliche Maurer-

vergammung, welche den Zweck hatte, die Kollegen der Organisa-

tion zu zuführen. Als Referent war Kollege Lüdke aus

Düsseldorf anwesend, der in einem trefflichen Vortrage den

Wert einer Organisation zu föhren wußte. In der Diskussion

schieden sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus.

Kollege Janzen wies auf die vielen auf den hiesigen Bauten

noch anwesenden Missstände hin und sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Kollegen diesen gegenüber so gleichgültig verhalten. Er fügte noch hinzu, daß der Bauunternehmer

Gassenbergs, anstatt den Bohn aufzubauen, denselben um 2

bis 4,- pro Stunde gefügt habe. Zum Schlus geholt Kollege Lüdke die Auswirkungen der Aardarbeit und forderte die An-

wesenden auf, energisch für den Verbund zu agitieren und für

besten Verhältnisse einzutreten. Eine stark befürchtete

Mitgliedervergammung hielt die Bahnhofstelle Bremen ab.

Kollege Schulte-Berlin hielt einen festlichen Vortrag über das

Thema: "Was ist der Grund, daß die Arbeiter zur Organisation streben, und was veranlaßt die Regierung, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu beschaffen?" Nedlich führte u. a.: Wenn alle Menschen über 16 und unter 50 Jahren arbeiten, würden 38,- Tage im Jahre genügen, unter Leben in an-

ständiger Weise fröhlich zu können. Kollege Schulz machte in seinem 14-stündigen Referat noch mehrere sehr interessante Mitteilungen, welche von der Vergammung mit Beifall auf-

genommen wurden. In "Gewerkschaftliches" wurde beschlossen,

die Tagessordnung am 1. Juli zu benutzen. Nach Erledigung der Tagessordnung erfreuten unsere Sänger die Vergammung noch mit einem Vortrage.

Am 17. Juni tagte die Bahnhofstelle Bremen eine gut besuchte

Mitgliedervergammung ab. Zwei Kollegen ließen sich auf-

nehmen. Kollege Schulte-Berlin verlas die Abrechnung vom letzten

Wahljahr von M. 250,20 und ein neuer

Wahljahr von M. 184,- erzielte wurden. Weiter ersetzte Kollege

Schulz Bericht der Lohnkommission, wonach nur zwei Meister

den Bohn von 80,- und den Bautenleiter ausbezahlt.

Hierüber enthielt eine lebhafte Debatte, doch soll das Männer-

entwickelten verarbeitet werden. Beifall wurde, am 10. Juli unter

Stiftungsfest abzufeiern, es wurde eine Kommission gewählt,

die das Männer eingeladen hat. Am Schlus forderte die Be-

volkmächtige die Kollegen auf, die Vergammung recht lebhaft für den Verbund zu agitieren.

Am 18. Juni tagte in Schleswig eine öffentliche Ver-

gammung der Maurer und Zimmerer auf der Herberge statt.

Kollege Schulte-Berlin hielt die Lohnkommission für den Streit-

feld verantwortlich, die Gesellen und die Gesellen für die Be-

volkmächtige. Hierüber enthielt eine lebhafte Debatte, ob die

Gesellen die Lohnkommission verantwortlich machen sollten.

Ein Antrag, den Meister mit der sofortigen Klärung zu

antworten, wurde abgelehnt, dagegen der Beschluss gefasst, die

sich zunächst darbietende günstige Gelegenheit zu nutzen, um die Forderungen der Gesellen zur Durchführung zu bringen.

Beifall gegeben wurde, daß in Berlin Ausverkäufe in großem Maße von den Meistern vorgenommen worden sind. Das ab-

lehnende Verhalten der Unternehmer hatte zur Folge, daß sich

10 Kollegen in den Verbund aufnehmen ließen. Wir könnten mit Freude konstatieren, daß 50% der Sozialer Maurer

organisiert sind.

Am 18. Juni tagte in Spanien eine öffentliche Maurer-

vergammung mit der Tagessordnung: "Die Aussperrung resp.

der Streik der Berliner Kollegen". Kollege Klemm berichtete

über den gegenwärtigen Stand der Bewegung und kam zu dem

Schluss, daß derzeit nicht ungünstig sei. Er beprahlte ferner die

Entstehungsurfrage: Nicht, wie in vielen bürgerlichen Blättern

zu lesen ist, die Maurer hätten den Streik stolz in Szene

gestellt, sondern die Unternehmer hätten durch ihr brutales Ver-

halten gezeigt, die Bevölkerung hierzu gegeben. Es wurde sodann nach kurzer Diskussion eine Resolution angenommen, in welcher die

Bewegung erklärt, die Berliner Kollegen nach Kräften

beschäftigen, die bürgerlichen Beiträge zum Streitfonds von

20 auf 40,- zu erhöhen. Mit einem Hoch auf die Maurer-

bewegung wurde hierauf die gut besuchte Vergammung geschlossen.

Am 14. Juni fand in Straßburg i. Els. eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. Genosse Maier referierte über Mißstände im Baugewerbe. Derselbe belehrte die Mißstände vom Auschachten bis zur Fertigung des Baues. Weitlicher Beifall lohnte den Redner. In der Diskussion wurden noch viele Mißstände aufgedeckt. Im Vororte Neuborf sind 19 Bauten in Angriff genommen, bei denen nicht ein einziger Abort vorhanden ist. Geniebares Erntewasser ist ebenfalls auf seinem Bau vorhanden, auch das Fehlen der Verbandsräten wurde allgemein bestätigt. Es fand folgende Resolution einstimmige Annahme. Die heutige öffentliche Bauhandwerkerversammlung, welche in der Stadt lagt, gibt hiermit ihren Vertretern im Gemeinderath den Auftrag, dahin zu wiesen, daß die heutige Abend hier gewünschte Mitglieder der Baustatikkommission von der städtischen Behörde die Beauftragten zugeprochen wird, die Bauten zu kontrollieren. Zum Schlusse erinnerte noch der Referent die stark befürchtete Verschärfung, Mann für Mann der Organisation beizutreten.

In Teltow fand am Mittwoch, den 21. Juni, eine öffentliche Maurerversammlung im Vorale des Herrn Antshauer statt. Kollege Brebendt hielt einen gut durchgeführten Vortrag über die Urtage, sowie den bisherigen Verlauf der Ausstellung in Berlin. Nach langer Debatte wurde der Antrag angenommen, daß die arbeitenden Kollegen der Baustelle Teltow pro Mann und Tag 50 Pf. an den Streifkonto zu zahlen haben. Zur Durchführung des Antrages wurde eine Kommission von drei Mann gewählt, die Sonntage von 8—10 Uhr Vormittags im Vorale des Herrn Antshauer die Kontrollarbeiten ausführen, sowie die Beiträge in Empfang nehmen wird. Gerügt wurde, daß wieder einmal werden, doch noch so viele Kollegen aus Teltow zu wenig Interesse an unserer Sache zeigen.

Die Baustelle Teuchern hielt am 11. Juni ihre Monatsversammlung ab, welche leider sehr schwach besucht war. Zum ersten Punkte wurden Beiträge einstifftet und die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt gegeben. Im zweiten Punkte, innere Berufsangelegenheiten, kam es zu einer fleißig betätigten Debatte. Es wurde von mehreren Kollegen schriftl. gestattet, daß es unter uns schon wieder eine größere Anzahl Kollegen giebt, welche den Beschuß vom 1. April nicht mehr inne halten und zur Zeit länger als 10 Stunden arbeiten, ohne 5 & Pf. aufzufordern. Es muß angenommen werden, daß freiwillig länger gearbeitet wird. Der Verwaltungsrat ernannte die Kollegen, die gesetzliche Fristen streng inn zu halten und wies darauf hin, daß unsere Forderungen ohne Widerstand seitens der hiesigen Meister angenommen werden. Damals war ein jeder Feuer und Flamme über den guten Verlauf unserer Lohnbewegung, jetzt scheint es aber, als wenn die zehnzahlige Arbeitszeit zu kurz wäre, weil viele sich darunter beklagen, ein oder zwei Stunden länger zu arbeiten. Weiter wurde den Kollegen anheim gegeben, kräftig für den Streifkonto zu sammeln, um die freitenden Kollegen zu unterstützen. Bekannt gegeben wurde noch, daß das von der Baustelle anberaumte Sichtgut von der Polizeibehörde unterlegt worden ist. Zum "Grundstein"-Auftritt meldete sich freiwillig Berthold Gramer, selbiges nimmt, wie auch Ullrich, Klemm, Hofstaedter, und der Kassier, Beiträge entgegen. Unter dem Hinweis, die nächsten Versammlungen besser zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Maurerversammlung fand am 18. Juni in Wiesbaden. Da bei Maurermeister Wilh. Becker einige Zeit schon Lohnverhandlungen stattgefunden haben, wurden in der vorherigen Versammlung die Kollegen Fassbinder, Becker und Seelig beruhigt, sich mit B. in's Einvernehmen zu legen, um ihn an sein gegebenes Wort zu erinnern. Becker zeigte, aber kein Entgegenkommen, wie Kollegen Seelig berührte, sondern antwortete mit Bauverwesern und anderen Drohungen. Der Pariser Max Klemm schenkt dem Becker hilfreiche Hände zu leisten, erlässt ihm mit den Kollegen solbschriftl. zu erklären. Auch bei Becker befürchtete Gesellen, erlässt, 40 bis 45 Pf. zu erhalten. Diejenigen, welche unter 40 Pf. erhalten, erachteten es nicht als ihre Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen, wahrscheinlich aus Furcht vor Entlassung. Der Vorsitzende der Versammlung, Kollege Bester, stellte folgende vier Fragen auf, welche von der Versammlung einstimmig bejaht wurden: 1. Erkennen die Kollegen die Gehalt, die uns droht, wenn der Minimalklohn von 40 Pf. wie er nach dem Streit vereinbart wurde, nicht gezahlt wird? 2. Erklären die Kollegen, daß wenn der geringste Lohn 40 Pf. beträgt, sich der Lohn für bessere Maurer deutlich höher stellen kann? 3. Erklären sich die Kollegen, welche 40 Pf. und mehr Lohn erhalten, mit den Kollegen, welche unter 40 Pf. entlohnt werden, solbschriftl. und verlangen sie, daß nach den Abmachungen zwischen den Meistern und Gesellen kein Maurer unter 40 Pf. bezahlt wird? 4. Wünschen die Kollegen, daß bei der Lohnkommission verfügt, die bei sämtlichen Meistern an Gesellen und Lehrlinge gesetzten Löhne festzustellen? Nachstehende Kollegen wurden sodann per Aufklammerung in die Lohnkommission gewählt: Bester, Kunz, Koppe in Wiesbaden; Weibel und Höhn in Döbeln; Heiliger in Sonnenberg; Schubert in Rambach; Adner in Biersdorf und Lipp in Freienfeld. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung beschließt, daß, wenn ein Mitglied der Lohnkommission auf einen Bau etwas zu beforschen hat und demselben vom Pariser oder Meister oder Bauherrn die Baustelle verboten wird, sich sämtliche Kollegen mit dem betreffenden Kommissionssmitgliede solbschriftl. erklären. Der Vertrauensmann Bauer hat sein Amt als Vertrauensmann niedergelegt, weil, wie er erklärte, er verfeindete Posten zu besetzen hat, und dadurch seine Wünsche als Vertrauensmann nicht überall erfüllt kann. Es wurde Kollege Oswald von Wiesbaden gewählt. Mit einem Hoch auf das Blühende und Gedeihen des Centralverbandes der Maurer wurde die Versammlung geschlossen.

Stoffateure.

Vorstandsvorlesungsmeldung.

Diese Woche sind an die Filiale-Vorstände Befehle der bayerischen Stoffateureorganisation verflossen worden. Wir ersuchen unsere Kollegen älterer Art, die kämpfenden dänischen Arbeiter nach Möglichkeit zu unterstützen. In der Hauptverwaltung sind wir infolge unserer eigenen Lohnbewegung leider so hart in Anspruch genommen, daß es unmöglich ist, von hier aus für die ausgezögten dänischen Kollegen zu thun, und appellieren wir an den Opfergeist der Kollegen.

Mit kollegalem Gruß

Der Hauptvorstand. J. A. G. Oberholz

Berlin. Am 19. Juni hielt die hiesige Filiale eine Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkte der Tagesordnung führte Kollege Möller an, daß, wenn wir die volle Durchführung unserer letzten Forderung erreichen wollten, wir auf jeden Bau und in jeder Werkstatt Deputate wählen müßten. Dann erläuterte der Gewerkschaftsdelegirte Bericht über die Lohnausperrung und wies darauf hin, daß wir unbedingt so bald wie möglich zu dieser Ausperrung Stellung nehmen müssten. Kollege Möller machte bekannt, daß am Montag, den 26. Juni, eine öffentliche Versammlung stattfinden, welche sich mit dieser Sache beschäftigen sollte. Auf Antrag des Kollegen Rohrbach wurde vom vor der Versammlung der Beschuß gefaßt, daß von keinen Stoffateuren Arbeit der Maurer oder Buder, die infolge der Ausperrung liegen gelassen sind, vollendet oder in Angriff genommen werden dürfen. Den freitenden Steinwerken wurden durch die Filialasse A 100 überlassen. Zur Ergänzung der Arbeitsnachschwungscommission wurden die Kollegen Aebrecht und Götsch gewählt. Zum Schlusse wurde das Votum des Kollegen Niedenau, welches in Lohn arbeiten sollte, jedoch diese Arbeit lieber in Alsfeld übernahm, in schärferer Formulierung abgestellt. L. hielt sich für verpflichtet, auf eine schriftliche Einladung zur Sitzung zu erscheinen und ließ sich in der Versammlung nicht blicken; jedenfalls, um nicht die Wahrschau von den Kollegen zu hören, welche eine Handlungswelle auf's Schärfste verurtheilt.

Darmstadt. Die hiesige Filiale hielt am 20. Juni ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nach einer von der Filiale erhobenen Umfrage sind in Darmstadt 69 Stoffateure beschäftigt, davon sind 40 verheirathet, 49 gehören der Organisation an. Kollege Stien stellte fest, daß bedauerlicherweise die Kollegen sehr in Nachstand mit ihren Beiträgen seien, besonders betrifft der Erhaltene. Da in der Versammlung anwesenden Kollegen erklärten sich bereit, ihrer Pflicht baldstmöglichst nachzukommen. Kollege Braun machte darauf aufmerksam, daß ein Kollege verläufen dürfe, sich bei auswärtigen Arbeiten die A 1,60 Gulden pro Tag auszuzahlen zu lassen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die Altstandarbeit, so viel wie möglich verdrängt werden müsse.

Hannover. Die hiesige Filiale hielt am 17. d. Mts. ihre regelmäßige Versammlung ab. Da der erste Schriftführer schon vor einiger Zeit abgetreten ist und der zweite sein Amt niedergelassen, so wurde Kollege Venne als Schriftführer gewählt. Sobald wurde beschlossen, den Betrag der bis jetzt eingesogenen Erhaltene und mehr A 15. aus der Lokalfasse sofort an den Hauptvorstand abzuzahlen. Kollege Thiele brachte hierauf das handschriftliche (Schilder) der Leipziger Wöhlaer-Firma zur Kenntnis der Versammlung. Siehe, legt klar, in welch großer Übereinstimmung die betreffenden Herren Unternehmer sich der verpflichtet haben; denn wenn die Leipziger Kollegen genoht wären, A 50 pro Woche zu verdienen, brauchten sich die Herren Prinzipale nicht zu sträuben, den verlangten Minimalklohn von 33—38 Pf. zu zahlen. Wohlflossen wurde, etwa zureichende Leipziger Kollegen nach deren Erfahrung zu unterstützen. Um dennoch in manchen Geschäften in voller Würde stehenden Sonntagsarbeits zu steuern, wurde von den anwesenden Kollegen einstimmig beschlossen, selbiges unbedingt zu verweigern, da durch die Sonntagsarbeit nur die Schnittkonkurrenz gefordert wird und die Kollegen gegen ihre Interessen handeln. Um den Zusammenhang der Kollegen etwas zu heben, wurde beschlossen, am kommenden Sonntag einen gemeinsamen Auszug zu unternehmen. Hierauf erfolgte Schluß des leider nur schwach besuchten aber doch interessanten Versammlung.

Krefeld. Am 18. Juni tagte hier eine öffentliche Versammlung der Stoffateure. Im ersten Punkte erläuterte Kollege Hünemeyer einen Bericht über die Konferenz zu Düsseldorf. Die Diskussion hierüber drehte sich hauptsächlich um den Arbeitsnachweis. Es wurde beschlossen, diesen Punkt in der nächsten Versammlung zu erledigen. Dem Delegirten wurde einstimmig die Befragung erlaubt. Kollege Müller in beleuchtete die gegenwärtig dem Reichstag eingebrachte Auschlußvorlage und forderte die Kollegen auf, fund zu geben, daß wir ein verfecktes Rechtsverständnis verlangen und kein Zivilisationsgesetz. Der Vortrag stand einstimmig befallen. Kollege Roggen erläuterte Bericht zum Gewerkschaftsstart über den Beschuß, ein Arbeitssekretariat zu gründen. Es schüttete dann auch, von verschiedenen Bürgern ein solches für die Arbeiter sei; wollten die Stoffateure sich hieran beihilfend, müßten sie auch zu den Kosten beitragen, welche pro Mitglied monatlich 5 Pf. betragen würden. Die Befragung wurde einstimmig beschlossen. Weiter machte der Vorsitzende der Baustelle bekannt, daß die noch sämigen Kommissionssmitglieder betreifst der statthafte Erziehung über die Verhältnisse auf Bauten und in Werkstätten zu den nächsten Versammlungen ihr Material abzuliefern haben. Dasselbe gilt für die Mitglieder, welche die statthafte Erziehung noch nicht ausfüllt haben. Diejenigen, welche infolge ihres saumlichen Verständnisses noch nicht im Besitz befinden sind, haben sich sofort an den Vorstand zu wenden. Weiter ermahnte der Vorsitzende, besser als bisher, und zwar fröhlich, die Versammlungen zu besuchen, denn es läge ein großes Material zur Bearbeitung vor, welches als Grundlage zur nächsten Lohnbewegung diene. Hieran müssen alle Kollegen beihilfend sein, wenn etwas Erfreuliches daraus herborgehen soll.

Magdeburg. Am 10. Juni hielt die hiesige Filiale in dem neuen Vereinsloftsaal von Prell ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab; dieselbe war gut besucht. Vor Einführung in die Tagesordnung nahm Kollege Freytag das Wort zu einer Mitteilung, über den Prosch vor dem hiesigen Landgericht in Sachen Germhardt contra Borchert und Freytag. Trocken dem Staatsanwalt höhere Gefangenheitsstrafe beantragt hatte, wurden Weide, und zwar Borchert mit A 50 und er — Freytag — mit A 20 Geldstrafe belegt. Das Wöhlaer Hartmann gab seinen Geschäft — worunter auch Germhardt — den so ehrenvollen Auftrag, die Verurtheilten vom Bau zu drängen. Über den Vorstandsauftrag Kollege Möhr, der zur Versammlung eingeladen Kollege Schäfer aus Leipzig, welcher einen Vortrag über Alsfeld und Überstände halten sollte, war leider am Eröffnungszeitpunkt und fiel dieberhalb der Vortrag aus. Kollege Appell sprach über die Überstände auf den Bauten und in den Werkstätten; eine durch den Vorstand vorgenommene Abstimmung hielt den alten Vorstand für verhörfürchtig. Über Mißstände bei der Firma Glesemann & Rudolph wurde noch Kollegen Gerlach Klage gefügt. Den Werkstättenarbeiter wird zugemuthet, diebetriebliche Stoffatze von Gehlmen zu ziehen, wie früher, die Gehlme kaum halb so lang waren wie die jetzigen. Eine Lohnkommission, bestehend aus fünf Personen, wurde einstimmig gewählt. Zur Verteilung eines Vergründungs wurde gleichfalls eine Kommission gewählt. Dann

erläuterte Kollege Appell die schändig schlechten Verhältnisse, welche durch Arbeitsmangel entstanden sind und viele Entlassungen zur Folge haben. Kollege Möhr schloß die Versammlung und ermahnte die Kollegen zur recht thätigen Teilnahme an der großen Protestversammlung gegen die Buchhausvorlage.

München. Am 18. Juni tagte im "Senefelder Hof" eine öffentliche Stoffateureversammlung, die von 60 Vorthern (Werkstattarbeitern) besucht war. Kollege Capito führte aus, daß ein Zusammenschluß der Werkstattarbeiter mit den Bauarbeitern unbedingt notwendig sei; die Werkstattarbeiter müssten sich zusammen und jonders organisieren, wollten sie nicht auf die Verbesserung ihrer Lage verzichten. Es wurde eine aus seben Werkstattfakturaten bestehende Kommission gewählt, welche die Forderungen der Werkstattarbeiter formuliert und bei den Unternehmen vertragen soll. Eine Resolution, wonach sich die Werkstattarbeiter mit den Bauarbeitern solidarisch erklären und sich die Anwesenden verpflichten, der Organisation beizutreten, wurde einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

München. Am Dienstag, den 20. Juni, hielt der Verband der Stoffateure eine allgemeine Versammlung ab, welche sehr stark besucht war, woraus man schließen kann, daß die hiesigen Stoffateure wieder vom Schlag erwachten. Auf der Tagesordnung stand: "Die Organisation und die hiesigen Stoffateure". Als Referent fungierte Genosse Guttmann, welcher in 1½ stündiger Rede den Nutzen und Werth der Organisation in vortheilicher Weise handhabte. Es wurden dann auch die Annahme- und Wahlmeister kritisiert, welche einen Gesellenauskunftsbüro wählen ließen. Es ist nun ein halbes Jahr verflossen, ohne daß nur eine einzige Sitzung abgehalten worden ist, um Überstände abzufassen oder sonstige Sachen zu regeln. Einige Meister lassen Überstände arbeiten, worüber man auch den Gesellenauskunftsbüro hören sollte. In der Werkstatt von SG werden seit diesem Jahr Überstände arbeiten gemacht, sogar bis 8 Uhr, ohne daß die betreffenden Arbeiter den vereinbarten Zugabfall erhalten. Diese Zugfolger nehmen ihren Kameraden das Brod vom Mund weg, denn es ist garnicht notwendig, Überstände zu machen, indem Leute genug vorhanden sind; die Unternehmer sollen nur ausständig bezahlt. Überstände verlieren nur den Lohn und das Leben der Arbeiter. Ferner wurden mehrere Pariser einer scharfen Kritik unterzogen, welche infolge ihrer Unzulänglichkeit ein "Extra-Gefälligkeitsantrag von A 10—20" einholten. Kollege Würtemberger unterstellt aber auch nicht, darum hinzuzutellen, daß die meiste Schulde die Stoffateure selbst tragen. 16 Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

Verschiedenes.

* Elektrische Kraftübertragung. Die Ausnutzung der in der Natur vorhandenen Wasserkräfte zur Schaffung elektrischer Energie hat seit der elektrischen Ausstellung in Frankfurt a. M., wo sie zum ersten Mal praktisch ausgeführt worden, enorme Fortschritte gemacht, die ihren bloßherigen Höhepunkt in den fortlaufenden elektrischen Anlagen am Niagarafall finden. Der "Hamburgische Correspondent" entnahm den Mitteilungen des internationalen Palenbureaus die folgenden einige weitere Angaben über dies Thema, wie sie in amerikanischen Blättern von Zeit zu Zeit veröffentlicht werden. Daranhat in den letzten Jahren besonders Kalifornien eine große Anzahl von derartigen Installationen erhalten, die gesetzt sind, nicht nur dieses früheren auf den Import des Ölens angewiesene Land in industriellem Beziehungen vollständig unabhängig zu machen, sondern auch vor Allem die Hebung des größten Reichthums Kaliforniens, seiner großen mineralischen Schätze, in leichter und schneller Weise zu fördern. Hier, wo Brennmaterial sehr häufig, Dampfzylinder daher thauen ist, genügt die Anwendung der durch Naturkräfte erzeugten Elektrizität außerordentliche Vortheile. So sind dort mehr als ein halbes Dutzend solcher Kraftstationen in letzter Zeit entstanden, unter denen die größte, an dem sehr reichen Santa Ana-Fluß, an Kapazität der Anlage nur von der Art der Niagara-Wasserfälle übertrffen wird. Durch eine 680 m lange Leitung, mit einem Gefälle von 250 wird das Wasser in die Turbinen geleitet, die direkt mit den Strom liefernden Dynamos gekuppelt sind. Man erwartet von dem Fluss in Ganzem eine Leistung von etwa zwölf Millionen Werthstunden in der 180 km entfernten Hauptstadt Los Angeles nutzbar zu können, wobei durch Verwendung eines Stromes von 33000 Volt nur 10 Pf. verloren gehen sollen. Noch weiter entfernt von Los Angeles, mittler im Minenbezirk, soll der Kern River hauptsächlich für die Arbeiten in den Silbergruben nutzbar gemacht werden. Die überwältigendsten Hoffnungen auf eine ungeahnte Entwicklung der kalifornischen Minenindustrie knüpfen sich an die Ausführung dieses Plans.

* Umzug einer Stadt. Unter dem kleinen Bergstadt Fleisch in Minenbezirk von Messab (Minenstadt) hat man, wie der "Prometheus" berichtet, ein reiches Eisenberglager entdeckt, dessen Ausbeutung nur durch eine Fortschaffung der Stadt möglich werden kann. Um die Grund- und Hausbesitzer zum Umzug zu veranlassen, hat man in einiger Entfernung von der heutigen Stadt eine neue Stadt Fleisch mit gesättigten Straßen und Trottoirs angelegt, und es hat sich eine Hauptverkehrsgesellschaft gebildet, um auf Kosten der Bergwerksgesellschaft die Wohnhäuser in die neue Stadt zu führen. Der Umzug der Stadt hat bereits begonnen.

Literarisches.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Dies' Verlag) ist soeben das 39. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Sein Inhalt hebt wir hervor: Vorpostengeschichte. — Die "Büchlausvorlage". Beiprogramm von Arthur Schlegel. — Wohnungslungen. — Von Wohnungsfrau. — Notizen: Die oberflächliche Glacehandelsküche. — Feuerstein: Erinnerungen eines Adjunktobrigadiers (Fortsetzung.)

* Sozialistische Monatshefte. Internationale Revue des Sozialismus. Erscheint monatlich einmal. Preis pro Heft 50 Pf. pro Quartal 1,50. Für Mitglieder der Gewerkschaften wird der Abonnementspreis auf 75 Pf. pro Quartal ermäßigt. Zu bezahlen durch den Verlag der "Soz. Monatshefte", Berlin W, Gleißbach 28.

Die Illustrirte Romanbibliothek "In Freien Stimmen" (in Wochenheften à 10 Pf.) beende soeben den spannenden

25. Bernhard Lobergste, Maurer, geb. 4. 1. 82, gest. 6. 2. 99 zu Osnabrück an Lungenerleiden.
 26. Friedrich Schème, Maurer, geb. 17. 6. 51, gest. 10. 2. 99 zu Osnabrück an Magens- und Darmleiden.
 27. August Hartmann, Maurer, geb. 27. 1. 59, gest. 11. 2. 99 zu Königsberg i. Pr. an Influenza.
 28. Matthias Hartmann, Maurer, geb. 11. 11. 38, gest. 11. 2. 99 zu Osnabrück an Infektion.
 29. Adolf Hirschfeld, Maurer, geb. 22. 11. 58, gest. 11. 2. 99 zu Berlin durch Erfüllen infolge Tiefsturzes.
 30. Ernst Donath, Maurer, geb. 30. 8. 50, gest. 14. 2. 99 zu Nienstedten a. C. an Lungenerkrankung.
 31. Joachim Dahms, Maurer, geb. 30. 9. 49, gest. 15. 2. 99 zu Berlin an Verlegungen.
 32. August Lieb, Maurer, geb. 5. 6. 68, gest. 21. 2. 99 zu Elbing an Lungenschwindsucht.
 33. Wilhelm Pfeifer, Maurer, geb. 21. 12. 43, gest. 23. 2. 99 zu Lüneburg an Schlagfluss.
 34. Gottfried Alles, Maurer, geb. 18. 7. 50, gest. 24. 2. 99 zu Süderhof an Magenleiden.
 35. Philipp Wittmann, Maurer, geb. 10. 2. 48, gest. 27. 2. 99 zu Heidelberg an Nierenleiden.
 36. Adolf Blümlein, Steinhauer, geb. 7. 7. 61, gest. 28. 2. 99 zu Dresden-Strelitz an Schwindflucht.
 37. Ernst Rohloff, Maurer, geb. 5. 7. 48, gest. 5. 8. 99 zu Hamburg a. d. E. an Influenza.
 38. Ernst Schöps, Steinhauer, geb. 1. 2. 46, gest. 7. 3. 99 zu Alt-Wartberg an Schwindflucht.
 39. Karl Hert, Steinhauer, geb. 8. 7. 45, gest. 7. 8. 99 zu Freiburg i. Br. an Schlagfluss.
 40. Wilhelm Bimmer, Maurer, geb. 29. 1. 59, gest. 11. 8. 99 zu Berlin an Schlagfluss.
 41. Ernst Reiß, Steinhauer, geb. 10. 8. 68, gest. 16. 8. 99 zu Dresden-Strelitz an Schwindflucht.
 42. Heinrich Schütter, Maurer, geb. 6. 3. 62, gest. 19. 8. 99 zu Bremen an Lungenerleiden.
 43. Otto Bernstein, Maurer, geb. 2. 8. 56, gest. 19. 8. 99 zu Stettin an Lungenerleiden.
 44. Joseph Haas, Maurer, geb. 25. 5. 45, gest. 21. 8. 99 zu Münden am Luftröhrentreppenfluss.
 45. A. Berghäse, Maurer, geb. 18. 7. 57, gest. 21. 8. 99 zu Berlin an Magenkrebs.
 46. Karl Stein, Steinhauer, geb. 20. 6. 65, gest. 22. 8. 99 zu Bünzau an Lungenerleiden.
 47. Christian Schulz, Maurer, geb. 21. 9. 51, gest. 22. 8. 99 zu Königslberg i. Pr.
 48. Johann Diezel, Maurer, geb. 19. 1. 57, gest. 27. 8. 99 zu Altenbrunnen an Lungenerleiden.
 49. Hermann Arnold, Maurer, geb. 29. 1. 58, gest. 28. 8. 99 zu Plauen i. V. an Herzleiden.
 50. Julius Majlowski, Maurer, geb. 1. 1. 60, gest. 28. 8. 99 zu Berlin an Lungenerleiden.
 51. Heinrich Lindloff, Maurer, geb. 2. 1. 44, gest. 29. 8. 99 zu Altona an Nierenleiden.
 52. Gustav Lindemann, Maurer, geb. 8. 1. 54, gest. 29. 8. 99 zu Berlin an Lungenschwindsucht.

In der Woche vom 18. bis 24. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Wilhelmsburg M. 200, Wiedenbergen 200, Mariendorf 200, Pankow 200, Nassenheide 150, Alt-Berlin 100, Wandsbek 80, Genthin 35. Summa M. 1165.

Buchstaben erhielten: Halle a. d. Saale M. 200, München 100, Eggenstedt 100, Frankfurt a. Main 100, Dresden-Strelitz 100. Summa M. 600.

Altona, den 24. Juni 1899.

Karl Reiß, Hauptkassier, Friedrichsbaderstr. 28.

Anzeigen.

(Schluß für Annoncen-Annahme Dienstag Morgens 8 Uhr.)

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, sofern wir immerhin einer Woche nach dem Sterbedatum Nachricht erhalten. Die Zelle kostet 10.-.

Deltitsch. Nach langem, schweren Leidern verstarb am 18. Juni unser Verbandskollege **Wilh. Schubert** aus Selben im 48. Lebensjahr.

Dresden. Der Verbandskollege **Hermann Kohl** ist am 17. Juni im Alter von 43 Jahren verstorben.

Neumünster. Am 17. Juni verstarb nach langem und schweren Krankenlager unser Verbandskollege **Joh. Schmidt** im Alter von 47 Jahren.

Düsseldorf. Am 23. Juni verstarb unser treuer Verbandsmitglied, der Maurer **Erich Hellin** im Alter von 60 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Nowawes.

Den Mitgliedern der Central-Krankenkasse der Maurer (Grundstein zur Einigkeit) zur Kenntnis, daß sich meine Wohnung jetzt **Wolfsburg, Poststr. 28**, befindet.

Hermann Bottstock, Verbandsmitglied.

Zahlstelle Werder (Havel).

Da uns gegenwärtig ein Lofal zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, werden die Mitglieder erachtet, ihre Beiträge in der Wohnung des Kassiers **W. Haseloff**, Fischerstr. 72, zu entrichten.

Die örtliche Verwaltung.

Zahlstelle Liegnitz.

Der Kollege **Josef Neumann**, Spoorstraße 12, ist vom 1. Juli ab Steckfonds-Kassier. Auto-familiale Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

[M. 1,50]

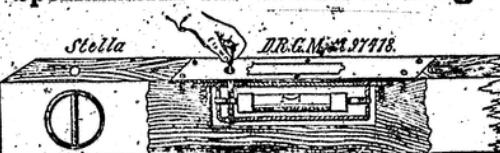
Zahlstelle Ruhla.

Die mit ihren Beiträgen reisenden Kollegen werden dringend erachtet, ihren Pflichten nachzukommen.

Die örtliche Verwaltung.

Kahnt & Richter, Altenburg (S.-A.).

Spezialfabrik für Wasserwagen, Senklothe etc.



Wir machen die gebrauchten Maurer und Bauarbeiter auf unsere unter nebenstehender Nummer gesetzlich geschützte

Wasserwage

aufmerksam. Dieselbe kann bei Ungezogenheit von Fiebermann selbst regulirt werden! Sie haben in jeder Eisenwarenhandlung, nicht direkt aus der Fabrik. Bei Bedarf berufe man sich auf unser Firmen.

Aufforderung.

Die Mitglieder **Büttcher** (Buch-Nr. 46723) und **Hindrey** (Buch-Nr. 085242) werden erachtet, die aus unserer Bibliothek entliehenen Bücher wieder abzuliefern, wodrigens sie für den Werth der Bücher haftbar gemacht werden. Die örtlichen Verwaltungen der Zahlstellen erachten es, die oben genannten bei ihrem Belannteuer auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. [M. 8]

Der Bezahlstelle Lübeck.

Aufforderung.

Der Maurer **Friedrich Masius** aus Faulen, jetzt in Potsdam, geb. 8. 5. 78, wird erachtet, seinen Verpflichtungen in Brandenburg nachzukommen.

Der Kassier der Zahlstelle Brandenburg a. d. H. [M. 2,10]

Lieber Sohn! Deine Mutter bittet sofort um Deine Adresse. [M. 2,10]

Franz Küppers,

Harburg a. d. E., Winzenstr. 22, 2. Et.

Die Zahlstelle Gräfentonna feiert am 2. Juli ihr Stiftungsfest wo zu Freunde und Förderer des Verbandes freundlich eingeladen werden. [M. 1,50] Das Fest-Comité.

Zahlstelle Alt-Schaumburg.

Sonntag, den 16. Juli:

Sommer-Vergnügen, wo sämtliche Kollegen hiermit eingeladen sind. [M. 2,10]

Die örtliche Verwaltung.

Zahlstelle Genthin.

Sonnabend, 8. Juli, im Lokale des Herrn Niggemann:

Sommer-Vergnügen.

Anfang Abends 7 Uhr. Um zahlreiches Erklären wird gebeten. [M. 2,40] Die örtliche Verwaltung.

Achtung, Maurer! Wasserwagen beschende überallhin. 60 cm lang M. 1,80, 75 cm lang M. 1,80. Unter Garantie genau und trocken Eichenholz. Porto extra.

Karl Herold, Chemnitz, Reichsstr. 68.

Weltberühmte

Hamburger Spezialartikel

für Maurer und Zimmerer.

Beste Arbeitsgeräte. Prima Isolde. Preisliste gratis. Verband franco gegen Nachnahme.

Louis Mosberg, Bielefeld, Rue 44 Breitestr. 44 (Bavenmark-Elfe).

Kollegen Deutschlands! Isoländer, prima, 2 schw. M. 6.

Isoländer, prima, 2 schw. M. 6.50, II (2 schw.) M. 4,80, III M. 2,50 vorzügl. Streng reell. Nicht Gefälscht, nehme retour. Stoll, Bielefeld, Dresden-N., Mitterstr. 4.

J. Blume & Co., Hamburg.

Täglicher Versand unserer bekannten, echt englisch Isoländer und Manchester.

Arbeits-Artikel und Isoländer Jacken.

Muster u. Preislisten gratis.

J. Blume & Co., Hamburg.

Lederhosen-Fabrikant

W. Ad. Langer, Leubsdorf i. Sachs.,

empfiehlt sich zur Lieferung seiner bewährten

Double-Leder-Hosen

in silbergrau, weiß gleicht u. dunkelbraun. I. Qualität, ganz stark, schwer, vro Baar M. 5; II. Qualität, mittelhart, halb schwer, vro Baar M. 4,50, reit in's Haus gegen Nachnahme. Bitte Musterkarte in Probehose zu verlangen.

Montag, 2. Juli:

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Eröffnungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Preis von 10.- pro Zelle bekannt gemacht. Für jede Versammlung werden jedoch nur zwei Zellen zur Verfügung gestellt. Diejenigen müssen für jede Versammlung eingesetzt werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, 1. Juli:

Bornhöved, Abends 8 Uhr auf der Herberge. Alle Kollegen werden dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Abends 8 Uhr im "Brotsteller". Kollegen, erscheint pünktlich und zahlreich.

Sonntag, 2. Juli:

Bergkirchen, 8 Uhr im Gasthof „Zum weißen Ross“. Das Erklären aller Kollegen ist dringend erforderlich.

Brammersdorf, 8 Uhr im "Lederhof". Das Erklären aller Kollegen ist dringend erforderlich.

Bolzenburg, Sammeltag 8 Uhr im "Schwengenhaus". Die Kollegen werden dringend erachtet, zahlreich zu erscheinen.

Ellershof, Sammeltag 8 Uhr bei "Die Ziegler", Maurerherberge. Zahlreiches Erklären erforderlich.

Elmshorn, Sammeltag 8 Uhr im "Brotsteller". Kollegen müssen unbedingt erscheinen.

Groß-Salza, Sammeltag 8 Uhr bei "Märkten". Alle Kollegen müssen unbedingt erscheinen.

Neuzelle, Sammeltag 8 Uhr im "Gasthof zum weißen Ross". Das Erklären aller Kollegen ist dringend erforderlich.

Röltzsch, Sammeltag 8 Uhr im "Brotsteller". Die Versammlung ist dringend erforderlich.

Wittenberge, Sammeltag 8 Uhr im "Brotsteller". Die Versammlung ist dringend erforderlich.

Montag, 3. Juli:

Celle, Abends 8 Uhr im Lokale „Zum neuen Welt“. Kein Kollege darf in dieser Versammlung fehlen.

Abends 8 Uhr im "Brotsteller". Kollegen werden dringend gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Abends 8 Uhr bei "Dänke", Sternstr. 27. Es ist dringlich aller Mitglieder, sich erscheinen zu lassen.

Sonnabend, 8. Juli:

Neudamm, Abends 8 Uhr, sehr prächtig bei Franz Bohmer. Kollegen, erscheint zahlreich.

Druck: Hamburger Buchdrucker u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.